Die großdeutsche Bewegung der Jahre 1848/49 und die Gründung der großdeutschen Partei im Jahre 1849.

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät
der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg

ACAD.
LUGD. BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Michael Christ.

Straßburg i. E.
Herdersche Buchhandlung
1914.

Genehmigt von der Fakultät am 1. Auguſt 1913.

Mit Erlaubnis der Fakultät gelangt hier nur ein Teil der Arbeit zum Abdruck. Die ganze Arbeit erſcheint als Band XIII der Straßburger Beiträge zur neueren Geſchichte, herausgegeben von Profeſſor Dr. Martin Spahn in Straßburg.

Bethſaida-Druckerei, Carſpach (Ober-Elſaß).

Erstes Buch.

Die großdeutsche Bewegung.

I. Kapitel.

Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses über den Verfassungsabschnitt „Vom Reiche".

Die deutsche Nationalversammlung vom Jahre 1848 war hervorgegangen aus dem lebhaften Wunsche und dem dringenden Bedürfnis der gesamten Nation, für Deutschland eine feste Form staatlicher Einheit zu schaffen. Aber wie die ersehnte Einheit durchzuführen sei und aussehen sollte, darüber hatten die meisten Abgeordneten jener Versammlung bei ihrem Zusammentritt nur vage Vorstellungen. In einem Punkte stimmten sie überein, daß es „das ganze Deutschland" sein müsse, wie es im Arndt'schen Liede hieß. Alle Gebiete, die zum deutschen Bunde gehört hatten, sollten auch das neu zu gründende Reich bilden. Bloß in verschwindend kleinen Gruppen machte sich gleich anfangs eine besondere Abneigung gegen Preußen oder gegen Österreich in der Nationalversammlung geltend. So hatte der engere Kreis um Dahlmann schon in dem von ihm ausgearbeiteten Entwurfe der Siebzehn verraten, daß er Österreich ganz aus Deutschland zu verdrängen gewillt war, um Raum für ein hohenzollerisches Erbkaisertum zu schaffen; doch wagte er damals sein Vorhaben kaum von fern ahnen zu lassen, „ohne es selbst nur andeutend auszusprechen"[1]. Der Gedanke, ein Erbkaisertum mit Preußen an der Spitze, unter Ausschluß Österreichs blieb für den ersten Zeitraum der Nationalversammlung unpopulär. „Wer davon sprach, sprach in den Wind oder erregte Unwillen[2]." Die mit überwältigender Mehrheit erfolgte Wahl des österreichischen Erzherzogs zum Reichsverweser, durch Gagerns „kühnen Griff" veranlaßt, zeigte, wie stark noch die Sympathien für das Haus Habsburg bei den Vertretern des deutschen Volkes waren. Etwas verbreiteter, aber dafür unbestimmter waren von vornherein die Gefühle des Mißbehagens gegen Preußen. So antwortete die Linke der

[1] „Deutsche Zeitung", Nr. 322 (6. Dezember 1848).

[2] Karl Jürgens: Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes 1848/49, Bd. I, S. 204.

Nationalversammlung auf einen Antrag der drei preußischen Abgeordneten Braun (Köslin), Röder und Nizze vom 20. Juni, daß die provisorische Zentralgewalt der preußischen Krone übertragen werden sollte, mit schallendem Hohngelächter, ohne daß wider diese Verhöhnung des Antrages von irgend einer Seite Einspruch erhoben worden wäre[1]; ja es waren nicht einmal 20 Stimmen für die Dringlichkeit des Braun'schen Antrags zu finden[2]. Aber erst mit der Wahl Johanns und der Ernennung Schmerlings zum Ministerpräsidenten wurden Mittelpunkte geschaffen, um die sich auch die unbedingt Österreich freundlichen und die preußischgegnerischen Elemente allmählich kristallisieren konnten, wie die entgegengesetzten um die Professoren der erbkaiserlichen Partei. Bis dahin war für die Nationalversammlung nicht die Losung: Preußen oder Österreich, sondern ein einiges Deutschland, als ob man mit jenen beiden Großmächten nicht mehr zu rechnen habe.

Auch in der aufblühenden Presse scheint man im Laufe des Sommers 1848 der Frage, wie die deutsche Einheit zu gestalten sei, aus dem Wege gegangen zu sein, nachdem ein kurzes Aufwallen des Interesses an der Entscheidung zur Zeit des Streites um die Reichsverweserschaft, wie es uns hie und da in Zeitungen entgegentritt,[3] rasch wieder vorübergegangen war. Man blickte erwartungsvoll nach Frankfurt, von wo das Heil für Deutschland kommen sollte und knüpfte mit der Nationalversammlung den Erfolg in der Einheitsbewegung an die Voraussetzung, daß die Einzelstaaten nichts mehr bedeuten dürften. Man unterschätzte in der Presse wie im Parlamente die Widerstandskraft der Einzelstaaten. Österreich, so meinten viele, sei bei den tobenden Revolutionsstürmen in der Auflösung begriffen und es komme nur darauf an, daß die Nationalversammlung durch einen Beschluß seine deutschen Provinzen als Bestandteile des zu schaffenden nationalen Einheitsstaates sichere. Von Preußen das, abgesehen von den rein polnischen Bezirken Posens, mit seinem ganzen Gebiete Bundesland gewesen war, erwartete man, daß es gemäß dem Königsworte vom 20. März 1848 ohne Widerspruch in Deutschland „aufgehen" werde, sobald und wie die Nationalversammlung es verfüge.

Dennoch wich die Nationalversammlung im Laufe der ersten Monate mit einer seltsamen Scheu der entscheidenden Frage aus. Jürgens hat wohl später zugegeben, daß man am leichtesten die Grundrechte zu er-

---

[1] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 205 f.

[2] Stenogr. Berichte der Nationalversammlung, S. 391, 397.

[3] z. B. Otto von Wäncker in der „Karlsruher Zeitung", Nr. 159 (11. Juni 1848), „Mainzer Journal", Nr. 31 und 34 (16. und 19. Juli 1848) und „Neue Münchener Zeitung", Nr. 2 (2. Juli 1848).

ledigen gehofft habe, um möglichst rasch dem Volke fertige Beschlüsse vorlegen zu können; doch müsse er der Hannover'schen Zeitung beipflichten, die den eigentlichen Grund der Zurückstellung der Verfassungsfragen in die Worte kleidete: „Das erste Zeichen von Schwäche war die Grundrechtsberatung, weil dahinter das Geständnis lag, daß man das gefährlichere, die Fertigung der Oberhoheit, aufschieben wollte[1]."

Die Verhandlungen der Nationalversammlung waren in dem sog. Verfassungsausschusse vorbereitet worden. Dieser setzte sich zusammen aus 30 Abgeordneten, die am 4. Mai 1848 durch die 15 Abteilungen der Versammlung gewählt worden waren. Jürgens, der die Geschichte des deutschen Verfassungswerkes in großdeutschem Sinne schrieb, hat nachträglich diese Art der Wahl beanstandet, „weil man einander noch zu wenig kannte, weil dabei gar zuviel vom Zufall abhing"[2]. So sei es zu einer ganz ungleichen Vertretung der einzelnen deutschen Staaten gekommen. Die Historisch-politischen Blätter hingegen fanden schon 1848 das Ergebnis der Wahl nicht „zufällig", sondern es sei jenem „falschen Prinzip abstrakter Vertretung" entsprungen[3]. „Mehr als die Hälfte wählte man aus Vertretern des Katheders und der Stubengelehrsamkeit, aus Professoren und Literaten, so daß das deutsche Volk, das kaum den Aktenschreibern entronnen war, norddeutschen Bücherschreibern und süddeutschen wühlerischen Advokaten in die Hände fiel." Schon damals habe sich jener Geist der falschen französischen Uniformität gezeigt, die die Freiheit mit der unnatürlichen Gleichheit verwechsle; man habe nicht die Machtverhältnisse und Interessen der Einzelstaaten gewürdigt, sondern nur die Popularität des Tages sei bei der Wahl das Entscheidende gewesen; auf diese Weise hätten Preußen und die kleineren Staaten ihre starke Vertretung im Ausschusse erlangt[4], nachdem schon der „Heidelberger Urstock" der Nationalversammlung, dessen Mehrheit den kleinen bankerotten Staaten des südlichen Deutschlands angehört habe, nichts Gutes habe erwarten lassen[5]. In der Tat gehörte fast die Hälfte aller Mitglieder des Verfassungsausschusses dem auf der Rechten und Linken der Nationalversammlung soviel geschmähten Professorentum an, das künftig den Kern der erbkaiserlichen Partei bilden sollte. Die einzelnen deutschen Staaten waren im Ausschusse folgendermaßen vertreten: Österreich durch: Andrian,

---

[1] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 194, wo auch die „Hannov. Zeitung" zitiert ist.

[2] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 180.

[3] Vgl. Historisch-politische Blätter, „Frankfurt und Deutschland, die Grundrechte und der bayrische Adressensturm", Bd. 23, S. 404.

[4] Historisch-politische Blätter, „Frankfurt und Deutschland", Bd. 23, S. 402 f.; vgl. auch H. Wuttke: Der Stand der deutschen Verfassungsfrage, S. 54.

[5] Historisch-politische Blätter, „Frankfurt und Deutschland", Bd. 23, S. 496.

Mühlfeld und Schreiner; Preußen durch: Deiters, Simon, Beckerath, Beseler, Scheller, Tellkampf und den im September 1848 ermordeten Lichnowsky; Bayern, das anfangs „ganz vergessen" worden war[1], durch: Lasaulx und Rotenhan, der am 7. September als Ersatz in den Ausschuß kam; Württemberg durch: Staatsrat Römer und Pfizer; Baden durch: Welcker, Mittermaier, R. Mohl, Bassermann und Soiron; Sachsen durch: Wigard und Blum; Hannover durch: Ahrens und Detmold; Hessen-Nassau durch: M. v. Gagern, Hergenhahn und Wippermann; Braunschweig durch: Jürgens; Schleswig-Holstein durch: Waitz, Droysen und Dahlmann; Weimar durch: Schüler. Die Seele des Ausschusses war Dahlmann; um ihn scharten sich Beseler, Waitz und Droysen, die Hauptvertreter der späteren Gagern'schen Partei, dann auch die Politiker der Kleinstaaten, wie M. v. Gagern, Hergenhahn, Bassermann, Soiron, Mittermaier, denen sich aus den Großstaaten noch Deiters, Beckerath und Tellkampf anschlossen. Mitglieder dieser Gruppe, Dahlmann selbst, Beseler und Mittermaier, bildeten ausschließlich den Unterausschuß, dem die Vorbereitung des Entwurfs einer Reichsverfassung übertragen war. Nur Droysen soll noch auf jene Arbeit Einfluß erlangt haben[2]. Die Linke war im Ausschuß hauptsächlich durch Blum, Schüler, Wigard und H. Simon vertreten. Beide Gruppen, Erbkaiserliche und Linke, gingen bei den Beratungen über die Verfassungsabschnitte „Das Reich" und „Die Reichsverfassung" in den entscheidenden Punkten fast durchgängig miteinander, weil beide als gemeinsames Ziel einen stark konzentrierten Einheitsstaat verfolgten. Sie trennten sich erst wieder bei der Frage, ob eine monarchische oder eine republikanische Spitze geschaffen werden sollte. Die Gegner des Einheitsstaates, die die „sorgfältigste Beachtung des Partikularen und der föderativen Elemente wollten[3], hatten im Ausschuß nur eine schwache Vertretung in Mühlfeld, Detmold, Lasaulx, Welcker, Wippermann und Rotenhan; sie blieben deshalb bei den wichtigsten Abstimmungen über die Verfassung in entschiedener Minderheit[4]. Auch Jürgens stimmte im Ausschusse noch mit den Erbkaiserlichen.

Der Ausschuß begann erst am 26. September mit der Beratung, nachdem der Unterausschuß zu dem von ihm schon in der ersten Hälfte des Juli 1848 vorgelegten Teil der Verfassung, den von der Reichsgewalt[5], gegen den 18. September auch noch den Abschnitt über das Reich

---

[1] Historisch-politische Blätter, „Frankfurt und Deutschland", Bd. 23, S. 403.

[2] R. Haym: Die deutsche Nationalversammlung, Bd. 2, S. 59; Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 242.

[3] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 183.

[4] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 180 ff.

[5] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 241.

geliefert hatte. In den Debatten über die weitere geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfes kam der Gegensatz zwischen den späteren Groß- und Kleindeutschen nach Jürgens Bericht zum erstenmal schroff zum Ausdruck. Auf der einen Seite verfocht Beseler die Ansicht, man müsse zunächst wissen, „wie man mit Österreich stehe", und ob die Abschnitte von der Reichsgewalt und vom Reiche seitens der Nationalversammlung genehmigt würden. „Wenn dies der Fall sei, so könne man von der Loyalität der österreichischen Abgeordneten erwarten, daß sie zum deutschen Bundesstaate[1], wie das übrige Deutschland desselben bedürfe .... mitwirken würden[2]". Auf der anderen Seite widersprach der Österreicher Mühlfeld der Ansicht Beselers: „Man könne jetzt erst sehen, was das hier projektierte Reich sein solle und die Österreicher wären nicht gekommen, um sich den übrigen zwei Drittel Deutschen, die kein Recht hätten, lediglich ihr wirkliches oder vermeintes Interesse zu verfolgen, auf Gnade und Ungnade zu ergeben, sondern um zu einer für alle passenden Einigung mitzuwirken"[3]. Beselers Ansicht drang durch, und der Verfassungsausschuß beriet nunmehr die beiden Abschnitte mit erheblichem Zeitverluste eifrig durch, unter Voranstellung des Artikels, der vom Reiche in sechs Paragraphen handelte.

Von besonders tiefeingreifender Bedeutung für Österreich waren die §§ 1—3 dieses Kapitels, die folgenden Wortlaut erhalten sollten: § 1. „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogtums Schleswig und die Grenzbestimmungen im Großherzogtum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten." § 2. „Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." § 3. „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach dem Grundsatz der reinen Personalunion zu ordnen[4]." Würden diese drei Paragraphen angenommen und fügte sich Oesterreich ihnen, so war damit die Vernichtung seiner Gesamtmonarchie ausgesprochen. Es fehlte denn auch im Ausschusse keineswegs an Einwendungen, daß diese Bestimmungen den Einzelstaaten zuviel zumuteten, insbesondere für Österreich unannehmbar seien. Dennoch war das Verlangen nach der deutschen Einheit und das gegenseitige Vertrauen noch so groß, daß am 27. September

[1] Jürgens erinnert sich nicht, ob Beseler ausdrücklich „Bundesstaat ohne Österreich" gesagt hat.

[2] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 255.

[3] Ebenda.

[4] Stenogr. Bericht, Bd. 4, S. 2717.

selbst der § 2 mit allen gegen die Stimme eines einzigen Österreichers, Mühlfeld, der nicht weniger als sieben mal in den zweitägigen Debatten (26. und 27. September) das Wort ergriff, angenommen wurde[1]. Diese überwältigende Mehrheit wurde wohl hauptsächlich dadurch erreicht, daß Droysen selbst als Urheber des Entwurfes ihn nur als vorläufige Maßnahme, als eine Frage an Österreich hinstellte[2]. Es ist zweifellos, daß er das Motiv gebraucht hat. Jürgens[3] und Haym[4] stimmen in der Angabe überein. In den gedruckten Ausschußberichten fehlt freilich diese Motivierung. Doch heißt es dort: „Wenn die Gründung von Deutschlands Einheit nicht selbst den Keim ihrer Vernichtung in sich tragen soll, so muß das Verhältnis Österreichs zu Deutschland ohne Halbheit klar so festgestellt werden, daß dieser Staat mit seinen deutschen Landesteilen vollständig und ausschließlich Deutschland angehöre[5]." Jürgens behauptet, daß von da an „und je länger desto mehr" gesprächsweise unter den Abgeordneten von dem Ausschluß Österreichs und dem preußischen Kaisertum die Rede gewesen sei[6]. In den nächsten Monaten aber bedienten sich die Großdeutschen der Erklärung des Antragstellers wiederholt als Waffe gegen die erbkaiserliche, kleindeutsche Partei. Bei der Abstimmung im Verfassungsausschusse hatte sich selbst der Österreicher Schreiner durch die Erklärung schließlich für den § 2 gewinnen lassen, nachdem sein eigener Antrag: „Die Regelung der eigentümlichen Verhältnisse Österreichs zum übrigen Deutschland ist Gegenstand besonderer Anordnung", nur den Beifall Mühlfelds und Rotenhans gefunden hatte. Für andere großdeutsch Gesinnte, wie Lasaulx und Detmold, gab nicht das faktische Entgegenkommen der Erbkaiserlichen den Ausschlag, sondern Resignation. Sie fanden sich mit den Paragraphen dadurch ab, daß sie, unterstützt von Mühlfeld und Rotenhan, nicht als Gegen-, sondern als Zusatzantrag zu § 2 folgendes Minoritäts-Erachten einreichten: „Insofern die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs die Ausführung dieses § 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und

---

[1] Über Mühlfelds Politik vgl. nunmehr W. Schüßler: Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament.

[2] G. Droysen: Verhandlungen des Verfassungsausschusses Teil I, S. 313.

[3] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 256.

[4] Haym a. a. O., Bd. 2, S. 76.

[5] Stenogr. Bericht, Bd. 4, S. 2726.

[6] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 257. Ähnlich schreibt derselbe in seinen Flugblättern aus der deutschen Nationalversammlung (Extrabeilage vom 24. Oktober 1848).

der österreichischen Regierung erzielt werden."[1] Lasaulx sprach im Ausschusse die Überzeugung aus, daß in dem § 2 die Trennung Österreichs von Deutschland liege, aber er stimme doch für denselben, „denn er enthalte die Konsequenz dessen, was hier erstrebt werde". „Aber daß dies, so fuhr er fort, nicht erreicht werde, sei ihm gewiß, wie er denn von anfang her unsere deutsche Bewegung für eine falsche, für eine Täuschung, für einen Marasmus senilis gehalten habe"; gingen die Dinge wider sein Erwarten ganz schlimm, so hoffe er als letztes immer noch auf ein Bündnis mit Österreich.[2] Jürgens gibt von sich an (womit indessen sein Verhalten in den nächstfolgenden Wochen nicht ganz in Einklang steht)[3], daß er bald nach dem 18. September in den Verfassungsfragen mehr und mehr der Reichspartei den Rücken gekehrt habe, um sich der Minderheit der „Partikularisten" anzuschließen[4]. Im Ausschusse erklärte er, daß er die Schwierigkeiten, die sich den §§ 2 und 3 entgegenstellen würden, nicht verkenne; doch sei er „nach langer, wehmütiger Betrachtung" zu dem Resultat gekommen, daß § 2 stehen bleiben müsse; er wünsche aber wenigstens einen ewigen Bund mit Österreich[5]. Zur Erklärung des ausweichenden oder verzagten Verhaltens der mit den §§ 2 und 3 nicht Einverstandenen mag wohl Jürgens Bericht über die allgemeine Stimmung dienen: „Wenn die österreichischen Verhältnisse erörtert wurden, so konnte es nicht fehlen, daß auch der alte Gedanke der Pfizer usw. nahe trat, die Einheit Deutschlands ohne Österreich oder unter Ausscheidung Österreichs zu begründen. Allein er erschreckte weit mehr, als daß man in ihn einging. Meisthin blieb man vor dem zukünftigen Verhältnis Österreichs zu Deutschland wie vor einem Rätsel stehen, dessen Lösung man mehr herankommen lassen und erwarten als herbeizuführen unternehmen mochte. Konsequenz ließ sich dem Gedankengange der Fürsprecher des preußischen Kaisertums jedoch nicht abstreiten[6]."

Gegen Anfang Oktober beschäftigen sich nun auch die Zeitungen mit der österreichischen und infolgedessen auch der Oberhauptsfrage mehr. Einzelne von ihnen schickten sich an, gegen Preußen und für Österreich bestimmte Stellung zu nehmen, je deutlicher es wurde, daß in der Nationalversammlung eine Gruppe für Preußen und gegen Österreich arbeitete. Den äußeren Anstoß zu den Presserörterungen gab die anfangs

---

[1] Stenogr. Bericht, Bd. 4, S. 2717.

[2] Droysen a. a. O, S. 330; über Lasaulx Politik in der Frankfurter Nationalversammlung vgl. R. Stölze: Ernst von Lasaulx, S. 135 ff.

[3] Vgl. Seite 14.

[4] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 186.

[5] Droysen a. a. O., S. 326.

[6] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 257 f.

Oktober in den Frankfurter Zeitungen erfolgte Veröffentlichung der beiden Abschnitte „Das Reich“ und „Die Reichsgewalt“ nach den Beschlüssen des Ausschusses.

Am ehesten möchte man eine Vertretung der österreichischen Interessen bei ihren Beziehungen zum Reichsministerium in der „Frankfurter Oberpostamtszeitung“ suchen. Als Eigentum des Postfürsten v. Thurn und Taxis war sie, solange das alte Reichsregiment in Frankfurt bestand, das „dienstbeflissene Organ des deutschen Bundes“ gewesen[1]. So verfolgte sie noch unter ihrem bedeutenden Redakteur Riehl (Oktober 1845 bis Juli 1847) eine konservativ österreichische Politik, dessen Bahnen auch noch sein Nachfolger August Osterrieth einschlug[2]. Bis zu seinem Abgang als Redakteur am 8. März 1848 — der Druck der Zeitung blieb weiter in seinen Händen — war die „Oberpostamtszeitung“ nach dem Urteil eines Frankfurter △ Korrespondenten in dem gleich zu besprechenden Stuttgarter „Deutschen Volksblatt“[3] ein „ordentliches, gemäßigtes“ Blatt. Von März bis 8. Juli 1848 erschien sie ohne Angabe eines Redakteurs. Einige großdeutsche Zeitungen charakterisierten jene Zeit mit den Worten: Sie drehte „den Mantel nach dem Winde“; ihnen zufolge erkor sie den Juden Wiesner[4], einen radikalen Schwätzer des Reichstags und Republikaner neuesten Datums, zu ihrem Steuermann[5]. Seit 8. Juli 1848 zeichnete ein Dr. H. Malten als verantwortlicher Leiter der Zeitung, in Wirklichkeit soll sie jedoch der frühere preußische Regierungspräsident in Münster, namens Bahlkampf[6], redigiert haben[7]. Sie trat jetzt in nähere Beziehung zum Ministerium des Reichsverwesers. Der Unterstaatssekretär Bassermann machte sie zum halbamtlichen Organ der Zentralgewalt. Dies kam äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß sie seit Anfang Juli ihre Berichte in einem „amtlichen“ und einem „nichtamtlichen“ Teil brachte. Über den Umfang und die Art dieser Beziehungen zur Regierung hat Bassermann der Linken gegenüber am 23. Oktober in der Nationalversammlung eine Erklärung abgegeben[8], die auch Beckerath am 3. November[9]

---

[1] „Rheinische Volkshalle“ Nr. 28 (31. Januar 1849).

[2] Er besorgte auch den Druck der Zeitung.

[3] „Deutsches Volksblatt“ Nr. 84 (8. April 1849).

[4] Wiesner war vorher bei der „Deutschen Zeitung“ tätig.

[5] „Augsburger Postzeitung“ Nr. 25 (29. Januar 1849); „Rheinische Volkshalle“ Nr. 28 (31. Januar 1849); „Deutsches Volksblatt“ Nr. 48 (8. April 1849).

[6] Veit Valentin: Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49, S. 245, unrichtig: Kahlkampf.

[7] „Deutsches Volksblatt“ Nr. 84 (8. April 1849); „Augsburger Postzeitung“ Nr. 25 (29. Januar 1849).

[8] Stenogr. Bericht, Bd. 4, S. 2829.

[9] Stenogr. Bericht, Bd. 4, S. 3040.

bestätigte. Malten hatte in Friedrich von Blittersdorf und Bassermann tüchtige Mitarbeiter gefunden. Auch der Reichstagsabgeordnete Karl Mathy soll nach Jürgens und Valentin eifrig Beiträge beigesteuert haben[1]. Doch findet sich in dem Werke Ludwig Mathy's: „Aus dem Nachlaß von Karl Mathy", in dem eine Reihe von journalistischen Arbeiten abgedruckt ist, kein Beleg dafür. Wohl scheint die Zeitung, seitdem sie in Verbindung mit dem Ministerium war, Österreich wieder freundlicher behandelt zu haben als vorher. Unmittelbar nach dem Erscheinen des Verfassungsentwurfes vom Reich lehnte Blittersdorf am 7. Oktober im Leitartikel: „Kardinalpunkte" die §§ 2 und 3 mit den Worten ab: „Es ist eine politische Unmöglichkeit, daß sich Österreich zerreißen lasse"; es werde sich eher samt seinen deutschen Provinzen von Deutschland lostrennen und doch eine Großmacht bleiben, während Deutschland mit unbedingter Notwendigkeit auf Österreich angewiesen sei, wenn es blühen und gedeihen wolle. Deutschland sei ohne Österreich verloren, aber nicht Österreich ohne Deutschland[2]. Ganz in entgegengesetztem Sinne drängte ein anderer Mitarbeiter am 11. Oktober jedoch zur möglichst raschen Erledigung der deutschen Einheitsfrage, sei es mit oder ohne Österreich. So hieß es u. a.: Würde das Verlangen gestellt, daß die Frage über Österreichs Stellung im neuen Reiche unentschieden bleiben solle, „bis die Verhältnisse in Österreich sich wieder geordnet hätten, so heißt das soviel, als Deutschland, sein Schicksal, sein Wohl und Wehe dem Österreichs unterordnen zu sollen. Damit wären wir aber wieder bei der Politik des alten deutschen Bundes angelangt, die jede Selbständigkeit Deutschlands, jede eigene Politik der deutschen Nation ausschloß. Will Österreich an der neuen Verfassung Deutschlands teilnehmen, so muß dies von vornherein und unter gleichen Bedingungen mit allen übrigen deutschen Staaten geschehen. . . Gewiß ist es für Deutschland das größte Opfer, wenn es auf die Teilnahme Österreichs am Reiche verzichten und sonach den dritten Teil seiner Macht aufgeben müßte; allein ein Schutz- und Trutz- und Handelsbündnis Deutschlands mit Österreich würde vielleicht einigermaßen Ersatz bieten"[3]. Am 17. Oktober wurde dann in einem Aufsatz: „Österreichs Stellung zu Deutschland"[4] eine vermittelnde Stellung eingenommen: „Österreich kann und wird sich mit seinen deutschen Provinzen an Deutschland soweit anschließen als es die wechselseitigen

[1] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 401; Veit Valentin a. a. O., S. 245.

[2] „Oberpostamtszeitung" Nr. 243 (7. Oktober 1848).

[3] „Oberpostamtszeitung" Nr. 276 (17. Oktober 1848).

[4] Der Artikel steht unter dem Redaktionssternchen; er stammt wahrscheinlich aus der Feder des Redakteurs selbst.

Beziehungen des österreichischen Gesamtstaates mit sich bringen". Auf keinen Fall dürfe ihm Deutschland jetzt den Rücken kehren; man solle die Lösung der deutsch-österreichischen Frage ihrer natürlichen Entwickelung überlassen; denn „Staaten sind wie leblose Körper, sie folgen ihren Schwerpunkten; so wird es auch mit den deutschen Provinzen Österreichs sein; sie werden sich von selbst auf diejenige Seite neigen, auf der sich für dieselben mehr Anziehungspunkte finden"[1]. Während der Debatten über die §§ 2 und 3 in der Nationalversammlung schrieb am 21. Oktober ein Mitarbeiter unter der Überschrift: „Zur österreichischen Frage" mit Bezug auf die Slavenfrage: „Wir scheuen uns nicht, es auszusprechen, für Deutschland selbst ist es besser die österreichischen Erzherzogtümer als Kulturkern in einem abgetrennten österreichischen Gesamtstaate, als sie unter aufgelösten und kriegerfüllten Ruinen als deutsche Reichsprovinzen zu erblicken. Es ist gewiß, daß der österreichische Gesamtstaat überwiegend slavisch sein würde, aber von da ist es noch weit bis zur Unterdrückung deutscher Nationalität in den Erzherzogtümern[2]." Am 26. Oktober, am Tage vor der Entscheidung in der Nationalversammlung, meinte derselbe Artikelschreiber unter Anspielung auf Droysens Erklärung im Ausschuß, man könne Österreich nicht zwingen, sich den Beschlüssen der Reichsversammlung zu fügen; „deshalb muß jeder Satz, der sich auf Österreich bezieht, zunächst nur als eine Ansicht oder Forderung" erscheinen. Man solle wenigstens den Versuch machen, Österreich durch sein eigenes Interesse dahin zu leiten, daß es sich Deutschland angliedere. Am besten sei es, die österreichische Frage erst ganz fallen zu lassen, bis Österreich nach Wiederherstellung der inneren Ruhe sich selbst darüber aussprechen könne, inwieweit es an der Einheit und Macht Deutschlands mitwirken könne[1]. Am 28. Oktober entwickelte ein Leitartikel den Plan einer Vereinigung der gesamten österreichischen Monarchie mit dem gesamten übrigen Deutschland in der Form eines ost- und westdeutschen Völkerbundes auf dem Wege der Verständigung. Diese Vereinigung wäre aber nur dann möglich, wenn in der Entwicklung des deutschen Bundesstaates nicht weitergegangen werde als Österreich voraussichtlich mitzugehen imstande sein werde; man dürfe deshalb den unitarischen Bestrebungen keinen Vorschub leisten und müsse dem Partikularismus einen größeren Spielraum einräumen. An der Spitze des ostdeutschen Reiches sollte der Kaiser von Österreich stehen und an der des westdeutschen der König von Preußen. Untunlich erscheine ein gemeinschaftlicher Reichstag für

---

[1] „Oberpostamtszeitung" Nr. 281 (17. Oktober 1848).
[2] „Oberpostamtszeitung" Nr. 285 (21. Oktober 1848).
[3] „Oberpostamtszeitung" Nr. 289, Beilage (26. Oktober 1848).

beide Völkermassen. Das hauptsächlichste Bindemittel zwischen beiden Staatengebilden sollte sein: gegenseitiger politischer Schutz und ungehemmter innerer Verkehr; das verbindende Organ sollte aus einem gemeinschaftlichen deutschen Völkerrate bestehen, der abwechselnd zwei Jahre unter dem Vorsitze des ostdeutschen Kaisers in Wien und dann zwei Jahre unter dem des westdeutschen Kaisers in Frankfurt tagen sollte[1]. Bis Mitte Dezember 1848 erklärte die Zeitung wiederholt noch, daß sie das Verhältnis Österreichs zu Deutschland und die Oberhauptfrage als eine „offene Frage" behandle[2].

Eine erhebliche Bedeutung für die großdeutsche Bewegung erlangten die ebenfalls in Frankfurt herausgegebenen „Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung", da aus ihnen sich später das großdeutsche Zentralorgan: die „Frankfurter Zeitung" entwickelte. Die erste Nummer dieser Flugblätter erschien am 14. Juni 1848 unter Leitung der drei Reichstagsabgeordneten Jürgens, Bernhardi und Löw. Bernhardi und Löw zogen sich Herbst 1848 wieder zurück und seit 11. Oktober war Jürgens der alleinige Redakteur. Die Flugblätter waren zunächst nicht das Organ einer bestimmten Partei, hielten aber eine konservative Richtung ein. Ihr nächstes Ziel war: Berichte zu bringen über die wichtigsten Vorgänge in der Nationalversammlung und die Gegenstände zu erörtern, die in den unmittelbar bevorstehenden Sitzungen zur Verhandlung kommen sollten[3]. Ihre Artikel, so „geistvoll" und so „echt deutsch" sie auch nach dem Urteil der „Historisch-politischen Blätter"[4] gehalten waren, wirkten nur wenig auf die Nationalversammlung; die „Rheinische Volkshalle" fand die Aufsätze „meist wohl-studiert", aber „langweilig" abgefaßt; nur mit knapper Not hätte das Organ sein „kümmerliches Dasein" fristen können[5]. Zu ihren gelegentlichen Mitarbeitern zählten die Flugblätter Mathy, Wippermann, v. Mayern, v. Radowitz, Detmold, Soiron, v. Schmerling, Gombart u. a.[6] Erst am 20. September, als die Frage der deutschen Einheit brennend wurde, erklärten sie als ihr Ziel: „für Deutschlands Einheit, Freiheit und Machtentwicklung zu kämpfen und zwar für eine Einheit Deutschlands, die auch den Sonderinteressen gerecht ist[7]."

---

[1] „Oberpostamtszeitung" Nr. 291 (28. Oktober 1848). Die letztgenannten Aufsätze erschienen in der „Oberpostamtszeitung" ohne Vorzeichen, so daß ihre Urheber wohl kaum festzustellen sind.

[2] Oberpostamtszeitung Nr. 331 (14. Dezember 1848); ferner Nr. 332 (Beilage vom 15. Dezember 1848).

[3] Flugblätter aus der Deutschen Nationalversammlung, Nr. 1 (14. Mai 1848).

[4] Hist.-polit. Blätter: „Arabeske zur deutschen Zentralgewalt", Bd. 22, S. 168.

[5] „Rheinische Volkshalle" Nr. 28 (31. Januar 1849).

[6] Jürgens a. a. O., Bd. 1, S. 166. [7] Flugblätter Nr. 29 (20. Oktober 1848).

Deutlich sprachen sie sich über die österreichische Frage zum erstenmal bei der großen Debatte über die §§ 2 und 3 in ihren Spalten aus. Man müsse an der Erhaltung der deutschen Provinzen Österreichs festhalten, schrieb ein Leitartikel vom 24. Oktober, weil sonst das Reich um ein Drittel verkürzt würde; aber damit sei nicht gesagt, „daß dem deutschen Österreich die Rücksicht, die sein Verhältnis zu den nichtdeutschen Ländern fordert, nicht getragen werden dürfe und solle. Der Begriff eines Bundesstaates läßt zwischen seinen Grenzen, dem einheitlichen Staate und dem Staatenbunde, einen Spielraum, innerhalb dessen sich engere und weitere Verbindungen denken lassen". Deshalb erscheine es ratsam, daß zugleich mit der Annahme der §§ 2 und 3 die Nationalversammlung sich vorbehalte, „für Österreich diejenigen Abzweigungen eintreten zu lassen, die die Verhältnisse gebieten". Die Festlegung dieser Ausnahmebestimmungen möge indes der zweiten Lesung vorbehalten bleiben, damit das Verfassungswerk keinen Aufschub erleide. Keinesfalls könne von einer Einverleibung der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bundesstaat die Rede sein; denn dieser würde dadurch aufhören, „ein spezifisch deutscher zu sein und die Wucht einer fremdländischen Bevölkerung würde wie ein Alp auf Deutschland ruhen und dessen staatsbürgerlicher Entwicklung überall hemmend im Wege stehen". Gehe das Kaisertum Österreich aus der ihm zur Zeit drohenden Gefahr glücklich hervor, so müsse die Einigung mit dem deutschen Bundesstaat auf eine ganz eigentümliche Weise zustande gebracht werden, denn Deutschland könne es „weder ganz aufnehmen, noch ganz aufgeben, noch auch teilweise erlangen". Vor allem sei eine Einigung zu erzielen hinsichtlich der Fragen über Krieg und Frieden und alle Handelsangelegenheiten. Man solle es Österreich überlassen, Vorschläge zu machen, wie es glaube, „dem Bundesstaate gegenüber seine nie verjährende Bundespflicht am vollständigsten leisten zu können"[2]. Auch Jürgens erklärte sich, seiner im Ausschuß vorgetragenen Meinung getreu, in einem Aufsatze derselben Nummer seiner Flugblätter „im wesentlichen" mit dieser Ansicht einverstanden, hielt aber noch an der Überzeugung fest, daß man „einen wirklichen Bundesstaat" gründen müsse, im schlimmsten Falle auch ohne Österreich; diesen aufgeben, weil letzteres nicht hineinkönne oder wolle, würde das größere Übel sein[1]. Am 28. Oktober vertrat er dann ganz den Gagernschen Standpunkt. Man dürfe es nicht bei der Annahme der §§ 2 und 3 bewenden lassen, sondern man müsse einen Zusatz ähnlich dem Antrag Gagerns beschließen, da man an Österreichs „Auf-

[1] Flugblätter (Extrablatt vom 24. Oktober 1848).
[2] Ebenda.

gehen" in dem deutschen Bundesstaat für den Augenblick nicht denken dürfe. Es bestehe kein Zweifel, daß höchstens einer von hundert Österreichern zuerst deutsch und dann österreichisch sein möchte, und daß die Mehrzahl der Österreicher, die zuerst deutsch gesinnt zu sein behaupten, allererst Demokraten oder Republikaner und dann erst Deutsche sein wollen und vor allem die Verwirklichung ihrer extremen Freiheitsideen anstreben auch um den Preis, daß es mit Slavenhilfe und unter Lostrennung von Deutschland geschehe[1].

Eine der „Oberpostamtszeitung" ähnliche, neutrale Stellung in der Verfassungsfrage, soweit diese das Verhältnis Österreichs zu Deutschland betraf, nahm auch die „Karlsruher Zeitung" ein als Organ der badischen Regierung. Sie stand seit dem 1. April 1848 unter Leitung eines gewissen Friedr. Giehne, eines „geistvollen und gediegenen" Mannes[2]. Einen eifrigen großdeutschen Mitarbeiter hatte sie von Mai 1848 bis Februar 1849 in dem Freiburger Staatsanwalt Otto v. Wäncker. Als im Sommer 1849 Baden „der Reichs- und Unionverfassung verfallen war"[3], zog er sich von dem badischen Regierungsorgan zurück und ließ bis 1850 seine politischen Betrachtungen in dem Stuttgarter „Deutschen Volksblatt" erscheinen[4]. Er gab später seine in beiden Zeitungen veröffentlichen Aufsätze unter dem Titel: „Aus den Jahren 1848, 1849, 1850" mit dem Motto: „Das ganze Deutschland soll es sein" gesammelt heraus[5]. Seine sämtlichen in der Karlsruher Zeitung gedruckten Artikel sind mit „W." unterzeichnet. Im Mai 1848 nahm er noch in seinen Ausführungen „Deutschland und Österreich" und „Deutschland und Preußen" für Preußen Partei[6]. Am 11. Juni brachte er anläßlich der Schaffung einer provisorischen Zentralgewalt einen ausführlichen Aufsatz über „Deutschlands Neugestaltung". Hier redete er vor allem der Herstellung der materiellen Einheit das Wort, der gegenüber das Streben nach formeller Einheit in Gestalt eines Kaisertums als Deutschland schwächend zurücktreten müßte. Denn 1. „wir können Österreich nicht lassen. Soll nicht der ganze nationale Aufschwung, das Streben nach Einheit eine Ironie sein, ... so muß das erste ausnahmslose Gesetz lauten: Die Nation und das Land dürfen nicht zerrissen werden,

---

[1] Flugblätter (Beilage vom 28. Oktober 1848).

[2] „Deutsches Volksblatt" Nr. 20 (24. Januar 1849).

[3] Vgl. Otto v. Wäncker: Aus den Jahren 1848, 1849, 1850, S. 1 (Vorwort).

[4] Siehe ebendaselbst. Doch findet sich schon im Dezember 1848 im „Deutschen Volksblatt" ein aus der „Karlsruher Zeitung" übernommener Aufsatz Wäncker's (vgl. Seite 22).

[5] Vgl. P. Wentzcke: Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—1851, S. 296.

[6] Vgl. P. Wentzcke a. a. O., S. 296.

und nimmermehr und unter keinen Umständen darf es geschehen, daß der ganze Südosten vom gemeinsamen Vaterlande losgetrennt werde, um unabwendbar der slavischen Oberherrschaft anheimzufallen. Das wäre ein schönes, großes, einiges Deutschland, dem Böhmen und Mähren mit Oberschlesien, dem das Erzherzogtum Österreich und Steiermark, dem Kärnten und Krain mit dem südlichen Küstenland, dem Salzburg und Tirol mit Vorarlberg fehlen würden; 2. Österreich .... kann sich ein anderes kaiserliches Oberhaupt nicht gefallen lassen; der Kaiser von Österreich kann unmöglich einem Kaiser von Deutschland untertan sein .... 3. Österreich kann aber auch die Führung jetzt nicht übernehmen." Deshalb soll nicht einer der deutschen Fürsten, sondern die Gesamtheit der Staatsoberhäupter die Regierungsgewalt ausüben, unter Mitwirkung der Reichsstände[1]. In einem weiteren Aufsatze vom 10. September „Unsere Lage" wandte sich Wäcker in heftiger Sprache gegen Preußen, das sich der provisorischen Zentralgewalt nicht unterwerfen wolle und in der dänischen Frage eigenmächtig gehandelt habe, während er Österreichs Verhalten in schonender Weise mit Stillschweigen überging[2]. Mit dem 20. Oktober kam die entgegengesetzte Gesinnung in der „Karlsruher Zeitung" in einem Artikel: „Die österreichische Frage" zum Ausdruck. Er rührte von einem anderen Verfasser her (ohne Vorzeichen)[3]. Die Frage über das künftige Verhältnis Österreichs zum übrigen Deutschland werde in oder vor Wien entschieden werden; siege der Kaiser mit Hilfe der Kroaten und Tschechen, dann sei zwar Ungarn für Österreich gerettet, aber letzteres gehe dann einstweilen für Deutschland verloren. Wolle Österreich ein Teil des deutschen Bundesstaates bleiben, dann müsse es sich der Reichsgewalt unterwerfen ohne Vorbehalt; „andernfalls müssen wir uns fügen, in Österreich nur eine befreundete Macht zu sehen"[4].

In Bayern, wo sich stark das Bedürfnis nach Rückhalt an Österreich entwickelte, nahm im Herbst 1848 die „Augsburger Allgemeine Zeitung", eines der ältesten und weitverbreitetsten Blätter Deutschlands, in damaliger Zeit keine durchweg dem Anschluß Österreichs günstige Haltung an[5]. Sie hatte deshalb in den „Historisch-politischen Blättern" und in der „Neuen Münchener Zeitung" heftige Gegner. Wiederholt

[1] „Karlsruher Zeitung" Nr. 159 (11. Juli 1848).

[2] „Karlsruher Zeitung" Nr. 238 (10. September 1848).

[3] Vielleicht von dem Redakteur selbst.

[4] „Karlsruher Zeitung" Nr. 272 (20. Oktober 1848). Über Gfrörers Mitarbeit vgl. unten Seite 24.

[5] A. Gärtner: Der Kampf um den Zollverein, S. 346 (Straßburger Beiträge, IV), bezeichnet die „Augsb. Allg. Zeitg." als großdeutsch.

griffen die Historisch-politischen Blätter den Wiener Mitarbeiter der Zeitung, Reichenbach, in der schärfsten Weise an, der für die Zentralisation Deutschlands eintrete und „die 38 deutschen Staaten in einem großen Maischbottich zusammenstampfen" wolle[1]; aus ihren Berichten über die Wiener Revolution gehe hervor, daß sie sogar mit der Revolutionspartei sympathisiere[2]. Die Leitung der Augsburger Allgemeinen Zeitung lag im Oktober 1848 in den Händen der drei Redakteure Dr. G. Kolb,[3] Dr. A. J. Altenhöfer und Dr. C. A. Mebold. Besonders vertrat der dritte den Standpunkt, daß eine abgeschlossenere Einheit Deutschlands geschaffen werden müsse, sei es mit oder ohne Österreich. In einem Artikel vom 9. Oktober sprach er die Hoffnung aus, die Nationalversammlung möge die Verfassungsform so bilden, daß sie wenigstens alle rein deutschen Staaten als einen großen Nationalkörper umschließen könnte. „Sie wird nicht zugeben, schrieb er weiter, wenn Österreich mit seinen Ansprüchen auf eine selbständige Großmacht, mit seinen gemischten Bevölkerungen und ihrer ausgesprochenen Gleichberechtigung sich nicht nach Deutschland richten kann oder will, daß dann Deutschland sich nach Österreich richten soll, um zu einem System zurückzuführen, das Deutschland jahrhundertelang dem überwiegenden Einfluß einer Macht unterwarf, deren natürliche Politik die Stabilität, die Kabinettsregierung war, die, wie sie selbst keine Nationalverfassung ertragen konnte, ohne Furcht staatlich auseinanderzufallen, auch die Gestaltung einer solchen in Deutschland zu hindern suchen mußte, und soviel an ihr war, gehindert hat." Die vielen gemeinsamen Interessen zwischen Österreich und Deutschland sollen in der Verbindung eines Staatenbundes gesichert werden, der aber nicht zwischen Österreich und den einzelnen deutschen Regierungen, sondern zwischen jenem und dem deutschen Reiche abgeschlossen werde[4]. Am 31. Oktober schrieb derselbe Redakteur mit Bezug auf die Personalunion (§§ 2 und 3), daß Österreich sich zwar nicht zerreißen lasse, aber trotzdem möge die Nationalversammlung, „wenn auch einige Teile des bisherigen deutschen Landesbestandes nicht unmittelbar in der Reichseinheit aufgehen können," der Expansionskraft des deutschen Genius

---

[1] Historisch-politische Blätter, Bd. 22, S. 322 ff.

[2] Historisch-politische Blätter, Bd. 23, S. 135 ff., 173 ff., 241 ff.; vgl. auch die „Neue Münchener Zeitung" Nr. 31 (Beilage vom 6. Februar 1849) und Nr. 37 (Beilage vom 13. Februar 1849).

[3] Über Kolb vgl. S. Salomon: Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederherstellung des deutschen Reiches, Bd. 3, S. 459 f. und Ed. Heyk: Die Allgemeine Zeitung, wo über die Redakteure und Mitarbeiter ausführlich berichtet wird.

[4] „Augsb. Allgemeine Zeitung", Beilage Nr. 283 (9. Oktober 1848).

vertrauen, die von einem nationalen Zentrum aus wirken werde; nur das deutsche Interesse solle die Nationalversammlung bei der Festlegung der Verfassung leiten und an die Spitze eines einigen, festen, deutschen Bundesstaates einen erblichen Kaiser stellen[1]. Mehr Rücksicht wollte ein △ gezeichneter Aufsatz: „Österreich und Deutschland" vom 18. Oktober auf Österreich angewandt wissen: Er forderte von diesem Anerkennung der deutschen Zentralgewalt und Entwurf einer Verfassung des österreichischen Gesamtstaates im innigsten Anschluß an Deutschland mit Berücksichtigung aller Nationalitäten. Dagegen habe die deutsche Zentralgewalt bei der Schaffung der deutschen Verfassung darauf zu sehen, daß keine Beschlüsse gefaßt würden, die Österreich „Verlegenheiten" bereiten könnten, „damit Österreich und Deutschland, Deutschland und Österreich Eines seien[2]." Für die Trennung der österreichischen Gesamtmonarchie und für die Erhaltung der deutschen Provinzen bei Deutschland trat ein -r Mitarbeiter am 30. und 31. Oktober ein. So sehr er auch an und für sich die Integrität des österreichischen Kaiserstaates wünsche, so müsse er doch wegen der drohenden Zustände in Österreich, wo es an geeigneten Männern fehle, für die §§ 2 und 3 sprechen; und dann „welch einen niederschlagenden Eindruck" müßte es für die Anfänge unserer jungen Politik machen, „wenn wir gleich mit dem zweiten Satz unserer Verfassung viele Millionen deutscher Bevölkerung einer slavisch-magyarisch-italienischen Gesamtmonarchie von ungewisser Zukunft preisgäben[3]!"

Abgesehen von der „Karlsruher Zeitung" — auch bei ihr handelt es sich hauptsächlich nur um einen einzigen, freilich mehrfach hervortretenden Mitarbeiter — sprachen die bisher herangezogenen Blätter, bei denen man eine besondere Sympathie für „das ganze Deutschland" vermuten darf, fast ohne Ausnahme in jenen Wochen dafür, daß sich Österreich und Deutschland nebeneinander konstituiren und künftig nicht staatsrechtlich, sondern nur durch Verträge miteinander verbunden sein könnten. Meinungsverschiedenheiten bestanden in ihnen hauptsächlich nur über die Stellung der deutschen Provinzen Österreichs zu dem neuen Deutschland und dem neuen Österreich.

Eine wesentlich andere Stellung dagegen nahmen die katholischen Blätter Süd- und Westdeutschlands ein. Die 1845 in Freiburg i. Br. gegründete und seit 1848 unter Leitung Wilhelm v. Chézy's[4] und des

---

[1] „Augsb. Allgemeine Zeitung", Beilage Nr. 305 (31. Oktober 1848).
[2] „Augsb. Allgemeine Zeitung", Beilage Nr. 592 (18. Oktober 1848).
[3] „Augsb. Allgemeine Zeitung", Beilage Nr. 304 u. 305 (30. u. 31. Okt. 1848).
[4] Wilhelm v. Chézy war geboren 1806 zu Paris. Seine Mutter war die nicht unbedeutende deutsche Dichterin Helmina v. Klencke. Schon früh kam er nach

einflußreichen Freiburger Professors Buß stehende „Süddeutsche Zeitung für Kirche und Staat“ äußerte sich über die zukünftige Gestaltung des deutschen Reiches im Oktober und in der ersten Hälfte des November noch nicht. Ihr Ziel war damals noch hauptsächlich auf den Kampf gegen die Revolution und für die Kirche gerichtet. Über ihre Stellung zu der beginnenden Revolution von 1848 urteilte Chezy in seinen „Erinnerungen aus meinem Leben“ (Bändchen 4 p. 48): „Sie (Süddeutsche Zeitung) hatte nur Farbe, aber keine Zeichnungen, so daß eine aufgesteckte Fahne ungefähr dieselben Dienste geleistet hätte“. Sie kommt hier vorläufig für unseren Zweck noch nicht in Betracht.

Wesentlich wichtiger für die großdeutsche Bewegung in Süddeutschland, besonders in Bayern, war der erstmals am 1. April 1848 in München erschienene Volksbote. Vom 1. bis 12. April stand das Blatt unter der Leitung eines gewissen F. Mayr; dann erschien es bis zum 24. Oktober 1849 ohne Angabe eines verantwortlichen Redakteurs; von da an unterzeichnete Ernst Zander[1], ein begabter Volksschriftsteller, als

---

Deutschland, wo er seine Erziehung und Bildung genoß. Von großer schriftstellerischer Begabung schrieb er als junger Mann für eine Anzahl Zeitungen, wie z. B. „Beobachter von Baden“, den sein Freund Spindler leitete, die „Augsb. Allgemeine Zeitung“, das „Morgenblatt“, die „Freiburger Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ und die „Münchener Fliegenden Blätter“, wo er den größten Erfolg hatte. Von der „Süddeutschen Zeitung“ hielt er sich anfangs ganz fern, weil seine Ansichten damals von denen Buß' weit abwichen. Außerdem waren die beiden andern Miteigentümer dieser Zeitung H. v. Andlaw und der Mediziner Schwörer seine heftigsten Gegner. Allmählich trat er Buß näher, der ihm für Oktober 1847 die Redaktion des Blattes zusicherte mit dem Versprechen, die Zeitung zum Organ der Piusvereine zu machen. Doch hielt Buß nicht Wort. Erst am 1. Juni 1848 übernahm Chézy die Leitung, um schon nach drei Monaten die Redaktion wieder zu kündigen, weil ihm die Leitung der in Cöln zu gründenden „Rheinischen Volkshalle“ angetragen worden war. (Vgl. Chézy's: Erinnerungen aus meinem Leben; ferner: Historisch-politische Blätter, Bd. 55, S. 799 und Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 4, S. 121 f.

[1] Doch scheint Zander auch vom 12. April bis 24. Oktober 1848 die Zeitung geleitet zu haben, wie sich aus einer Notiz der „Münch. pol. Ztg.“ vom 3. Mai 1848 über dessen Persönlichkeit ersehen läßt (siehe S. 29); vgl. auch K. Bachem: Josef Bachem und die katholische Presse in Deutschland, Bd. 1, S. 282. — Ernst Zander war, nach J. Friedrich: Ignaz v. Döllinger (Bd. 2, S. 456), geboren 1803 zu Schwerin als Sohn protestantischer Eltern. 1830 trat er zur katholischen Kirche über. Zur Zeit der „Kölner Ereignisse“ von 1837 leitete Zander die „Neue Würzburger Zeitung“, in der er für den gefangenen Erzbischof entschieden Partei ergriff. Seine Sprache gegen Preußen war so heftig, daß er von der Redaktion zurücktreten mußte. Am 1. Oktober 1848 sollte er an der ebenfalls neu gegründeten „Rheinischen Volkshalle“ das Amt eines zweiten Redakteurs übernehmen. Zander lehnte das Anerbieten wegen der von

verantwortlicher Herausgeber des Volksboten. Unter seiner Führung schwang sich das Blatt zu dem gelesensten Organ des katholischen Volkes in Süddeutschland empor. Sein Programm war bei der Gründung: einzutreten für die Freiheit, gesetzliche Ordnung, Sicherheit und kräftigen Schutz des Eigentums, Achtung vor den rechtmäßigen Behörden, Gleichstellung der Konfessionen in bürgerlichen Rechten und kirchliche Freiheit für jede Konfession. Seine bayrische partikularistische Färbung drückte er aus mit den Worten: Der „Volksbote" wolle, daß Bayern auch ferner seinen ehrenvollen Platz unter den deutschen Stämmen behaupte, zu keiner Provinz erniedrigt, noch seiner Selbständigkeit beraubt werde[1]. Die Regelung der deutsch-österreichischen Frage lag der Redaktion im Herbst 1848 noch ziemlich fern.

Viel älter war ein anderes unter katholischen Einfluß geratenes bayrisches Blatt, die „Augsburger Postzeitung"[2]. Sie stand seit 1838 unter der Leitung des Juristen L. Schönchen[3] und verfolgte noch im Herbst 1848 dieselben Ziele wie der „Münchener Volksbote". Die deutsche Verfassungsfrage trat auch bei ihr erst nach der Verhandlung über die §§ 2 und 3 in der Nationalversammlung allmählich in den Vordergrund. Schönchen selbst schrieb in seiner Zeitung verhältnismäßig recht wenig, wie das „Correspondenz-Journal" der „Augsburger Postzeitung" aus jenen Jahren zeigt. Die Mehrzahl seiner Artikel ist von „Augsburg" datiert. Sie stehen teils ohne Vorzeichen, teils unter dem Redaktionssternchen, teils unter dem † Zeichen. Schönchen verfügte über tüchtige Mitarbeiter und Korrespondenten, von denen hier angeführt werden mögen: die Abgeordneten aus der Nationalversammlung: Arndts, Phillips, Sepp und B. Weber. Der bedeutendste unter ihnen war unstreitig Sepp, der seine Berichte aus Frankfurt unter dem ○ oder △ oder □ Zeichen erschienen ließ. Neben Sepp hatte das Blatt noch einen tüchtigen Frankfurter Korrespondenten in G. v. Buch, der seine Artikel ♂ zeichnete.[4]

---

ihm übernommenen Herausgabe des „Volksboten" ab. 1868 legte er die Redaktion des „Volksboten" nieder und siedelte nach Salzburg über, wo er 1872 starb. (Über Zander vgl. K. Bachem a. a. O., Bd. 1, S. 223 ff. und 281 ff.; D. Rosenthal: Convertitenbilder aus dem 19. Jahrhundert, Bd. 1, Teil 2, S. 23.)

[1] „Münchener Volksbote" Nr. 1 (1. April 1848).

[2] Vgl. Karl Bachem a. a. O., Bd. 1, S. 240; Fr. Schnabel: Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848, S. 38.

[3] Schönchen war geboren 1817 zu München, wo er 1873 starb; 1851 legte er die Redaktion der „Augsburger Postzeitung" nieder, um die vom Grafen Reigersberg ihm übertragene „Neue Münchener Zeitung" zu übernehmen, die er bis 1858 redigierte. Von 1865 bis 1873 gab er in 12 Bänden die 3. Auflage der Manz'schen Realencyclopädie heraus (Allg. Deutsche Biogr., Bd. 32, S. 283 f.).

[4] Diese Angaben verdanke ich Herrn cand. phil. Xav. Lettner (Göggingen, Bayern), dem das „Correspondenz-Journal" der „Augsburger Postzeitung" zur Verfügung stand.

Von größerer Bedeutung für die großdeutsche Bewegung wurde wiederum das in Stuttgart seit 1. Mai 1848 erscheinende „Deutsche Volksblatt, eine politische Zeitung". Es stand unter der Redaktion des als Journalist ausgezeichneten Florian Rieß[1]. Das Blatt war nach der „Ulmer Schnellpost"[2] mit dem Gelde des Grafen Quadt-Isny gegründet worden. Nach derselben Quelle soll es an den „Jesuiten" Kuhn und Buß einen starken Rückhalt gehabt haben[3]. Das „Volksblatt" wollte kein Organ eines bestimmten Berufes, sondern eine politische Zeitung für alle Stände des ganzen Vaterlandes sein; deshalb sollten auch alle rein kirchlichen Artikel aus seinen Spalten ausgeschlossen sein[4]. In der ersten Zeit zeigte es politisch wenig einheitlichen Charakter, da die Korrespondenten vielfach andere Ansichten vertraten wie die Redaktion. Inwieweit Rieß sich selbst literarisch an dem Blatt beteiligte, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Es ist möglich, daß die unter dem Redaktionssternchen stehenden Aufsätze von ihm abgefaßt sind. Einen eifrigen Mitarbeiter fand er in dem damals noch protestantischen Professor und Reichstagsabgeordneten August Gfrörer. Eine Anzahl von Aufsätzen entstammte dessen Feder, die unter verschiedenen Zeichen erschienen; so am 15. November: „Herunter mit der Maske" unter dem △* Zeichen[5], am 26. November: „Der 20. November 1848" unter dem + Zeichen und als Unterschrift A. G., am 13. und 14. Dezember: „Deutschland und Österreich" mit dem △ Zeichen, am 15. Dezember: „Das Staatenhaus und die geheimen Pläne, denen es dienen soll" unter dem †* Zeichen und mit seiner vollen Namensunterschrift, und am 28. Dezember: „Die gegenwärtige Gefahr des Reiches und wie ist aus dem Wirrsaal herauszukommen" mit demselben †* Vorzeichen; im Januar 1849 folgten dann noch einige weitere Artikel: „Deutschland und Österreich" am 13., 14., 19. und 20. Januar mit dem △ Zeichen; sämtliche Aufsätze waren

---

[1] Rieß war geboren am 5. Februar 1823 zu Tiefenbach (O. A. Neckarsulm); 1857 trat er als Redakteur des „Deutschen Volksblattes" zurück, um dem Jesuitenorden beizutreten. Er starb 1882 zu Feldkirch. Als reichbegabter Schriftsteller leitete er außer genannter Zeitung das „Katholische Sonntagsblatt", den „Katholischen Haus- und Volkskalender" und war später Mitbegründer und Hauptmitarbeiter der „Stimmen aus Maria Laach". Von seinen Schriften sind besonders zu erwähnen: „Leben des seligen Petrus Canisius" und „Geburtsjahr Christi" (vgl. Allgem. Deutsche Biogr., Bd. 28, S. 582 f.).

[2] „Deutsches Volksblatt" Nr. 3 (3. Mai 1848), wo die Notiz der „Ulmer Schnellpost" wiedergegeben ist.

[3] Laut „Deutsches Volksblatt" Nr. 3 (3. Mai 1848).

[4] „Deutsches Volksblatt" Nr. 3 (3. Mai 1848).

[5] In der „Neuen Münchener Zeitung" Nr. 113 (7. November 1848) nennt der ⊙ Korrespondent aus Frankfurt Gfrörer als den Verfasser dieses Artikels.

von Frankfurt datiert. Ferner lieferte der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Junkmann[1] Beiträge für das „Deutsche Volksblatt", die unter dem W.J.-Zeichen erschienen, z. B. am 21. November: „Recipit Germania regem", am 22. Dezember: „Zur österreichischen Frage" und andere Korrespondenzen. Die schon erwähnte Mitarbeit Otto v. Wänckers[2] am „Deutschen Volksblatt" kommt für unsere Zeit nicht in Betracht. Sein bedeutendster Aufsatz der „Karlsruher Zeitung" vom 28. Dezember 1848: „Die Bildung der deutschen Reichsgewalt", findet sich zwei Tage später auch im „Deutschen Volksblatt", aber unter anderem Titel: „Die Kaiserfrage". Wahrscheinlich lieferte auch Buß politische Aufsätze; aber er war ohne maßgebenden Einfluß oder verlor ihn bald wieder, worauf die Stellungnahme der Zeitung gegen ihn im Frühjahr 1849 schließen läßt.

Das wichtigste der katholischen Blätter war das wenige Wochen nach dem „Deutschen Volksblatt" und dem „Volksboten" am 6. Juni in die Öffentlichkeit getretene „Mainzer Journal" unter der Redaktion Franz Sausens. Der eigentliche Begründer dieses Blattes war der damalige Domkapitular Adam Franz Lennig, der auch die ersten finanziellen Schwierigkeiten durch Hergabe beträchtlicher Summen beseitigte[3]. Neben diesen beiden hervorragenden Männern standen der neugegründeten Zeitung vor allem Domkapitular Moufang und Domkaplan Heinrich zur literarischen Unterstützung zur Seite[4]. Aus kirchenpolitischem und wirtschaftlich-sozialem Gebiete brachte es zum Teil vortreffliche Leitartikel; es wurde hauptsächlich gelesen und bedient von der hessischen und pfälzischen Bevölkerung; doch griff es auch in die preußischen Gebiete der Rheinlande über, wo es aber einmal die Konkurrenz der „Rhein- und Moselzeitung"[5] zu bestehen hatte und dann von Herbst 1848 an die der „Rheinischen Volkshalle".

Letztere erschienen mit dem 1. Oktober 1848 in Köln unter der Leitung des bisherigen Redakteurs der schon erwähnten Süddeutschen Zeitung, Wilhelm von Chézy. Ihre Gründung war hervorgegangen „aus dem Bedürfnisse nach einem großen politisch-katholischen Blatt"[6] und auf einer von August Reichensperger veranlaßten Versammlung des Borromäus-Vereins am 11. April 1848 beschlossen worden[7]. Gelegent-

[1] Er stammte aus Westfalen.

[2] Vgl. Seite 15.

[3] H. Brück: A. Fr. Lennig, S. 103, 112 f.

[4] Anton Diehl: Zur Geschichte der katholischen Bewegung im 19. Jahrhundert, S. 11. Derselbe: Adam Franz Lennig.

[5] Vgl. Fr. Mönckmeier: Die Rhein- und Moselzeitung.

[6] „Rheinische Volkshalle" Nr. 10 (12. Oktober 1848).

[7] L. v. Pastor: August Reichensperger, Bd. 1, S. 231; vgl. auch Karl Bachem a. a. O., Bd. 2, S. 6 ff.

lich der Kölner Domfeier im August 1848 traten auch die katholischen Abgeordneten der Nationalversammlung dem Plane näher, indem August Reichensperger neben Döllinger, Radowitz u. a. finanzielle Unterstützung zusicherten[1]. Die Zeitung verlangte wie die vorgenannten für die Katholiken Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Doch verwahrte sie sich dagegen, weder „eine Kirchenzeitung im gewöhnlichen Sinne des Wortes" noch eine „besondere Zeitung des geistlichen Standes" zu sein; ihr Ziel sei: ein Tagblatt für die Weltereignisse zu werden und zwar so, daß die Katholiken Deutschlands sie vorzugsweise „ihre Zeitung" nennen sollten[2]. Der Hauptredakteur Chézy war von Gfrörer vorgeschlagen worden. Neben ihm waren auch Professor Phillips, der eine der Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter", und Zander für diese Stelle in Aussicht genommen gewesen[3]. Doch wurde Chézy mit der Leitung betraut. Er hatte Freiburg i. Br. bereits am 16. September verlassen und in Frankfurt auf der Durchreise mit Gfrörer und Döllinger wegen der „Rheinischen Volkshalle" Rücksprache genommen. Formell hielt er auch die Redaktion der „Süddeutschen Zeitung" bei bis zu ihrem Übergang in das „Deutsche Volksblatt" am 1. Januar 1849. Aus seiner Feder ging vermutlich die große Anzahl von Leitartikeln unter dem)(Zeichen hervor. Ihm standen als Mitredakteure Dr. Marquard und von Ende des Jahres 1848 an der Westfale Eickerling zur Seite[4]; von letzterem stammen vielleicht die Aufsätze unter dem Redaktionssternchen. Weitere Mitarbeiter waren: der junge Verleger Jos. Bachem, ferner Aug. Gfrörer, dessen im „Deutschen Volksblatt" veröffentlichte und früher erwähnte Aufsätze fast alle auch in der „Rheinischen Volkshalle" unter dem † oder △ Zeichen erschienen; dann Wilhelm Junkmann, der seine Artikel teils wie im „Deutschen Volksblatt unter dem W. J.-, teils unter dem ☾ Zeichen veröffentlichen ließ[5]. Auch Julius Ficker, der bekannte Historiker, lieferte einige Beiträge, so z. B. eine Übersetzung eines Aufsatzes der „Times", worin das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland und das preußische Kaisertum bekämpft wurde[6] und einen Leitar-

---

[1] Ebendaselbst Bd. 1, S. 254.

[2] „Rheinische Volkshalle" Nr. 42, Beilage (17. November 1848).

[3] Vgl. J. Friedrich, Bd. 2, S. 455 f.

[4] H. Cardauns: 50 Jahre „Kölnische Volkszeitung", S. 11. Über die Wahl der Redakteure vgl. K. Bachem a. a. O., Bd. 2, S. 23 ff.

[5] Die den Korrespondenzzeichen beigefügten Angaben, wie „Aus dem Briefe eines Reichstagsabgeordneten" („Rhein. Volkshalle" Nr. 62 vom 6. Dezember 1848) oder die Ortsbezeichnung „aus Westfalen" („Deutsches Volksblatt" Nr. 30 vom 4. Februar 1849) oder „Reckl. W." (wahrscheinlich Recklinghausen, Westf.) in der „Rhein. Volkshalle" Nr. 84 (29. Dezember 1848) machen seine Urheberschaft gewiß.

[6] J. Jung: Julius Ficker, S. 75; „Rheinische Volkshalle" Nr. 85 (30. Dez. 1848).

tikel: „Deutschlands Einheit und die Ultramontanen“[1]; beide Artikel stehen unter dem §§ Zeichen. Der △ Korrespondent der „Volkshalle“ aus Frankfurt, in dem man vielleicht ebenfalls Gfrörer vermuten darf, ist derselbe wie der = Berichterstatter der Karlsruher Zeitung, wie z. B. Nachrichten aus Frankfurt unter dem 9. und 11. bezw. 12. Januar 1849 beweisen. August Reichensperger hielt sich im ersten Jahre des Bestehens der Zeitung von jeder literarischen Unterstützung des Blattes fern. Vielleicht hängt sein Verhalten damit zusammen, daß er mit dem Geiste unzufrieden war, in dem Chézy die Zeitung leitete. Auch Döllinger soll mit dem neuen katholischen Blatte des Rheinlandes nicht zufrieden gewesen sein[2]. Chézy's Freund Spindler hatte ihm schon vor der Übernahme der Redaktion der „Rheinischen Volkshalle“ prophezeit, „die preußischen Pickelhauben“ würden ihn bald verjagen, und ein so „ehrlicher Bärenhäuter“ wie er, „ohne ein falsches Äderchen“, käme „niemals mit den Pfaffen zurecht.“ Tatsächlich hatte die neue Zeitung schon in ihren ersten Tagen „bissige Kritiker“ unter den Geistlichen, wie den Pfarrer Prisac. Ebenso geriet Chézy auch bald mit den 16 Verwaltungsräten des Blattes in Konflikt. Die Gegensätze verschärften sich derart, daß Chézy im Mai 1849 für 15. September desselben Jahres die Redaktion gekündigt wurde. Als ihm 1850 auch der Plan einer Übernahme der „Karlsruher Zeitung“ scheiterte, ging er nach Wien, wo er 1884 starb.

Die letztgenannten katholischen Zeitungen waren alle mit der Absicht ins Leben gerufen worden, die Stunde für die Freiheit und das Recht der Kirche wahrzunehmen; aber ihrem Wesen nach waren es politische Blätter mit bestimmter Parteinahme in der Bewegung des Jahres 1848 und zwar soweit es sich um die Redaktionen handelte, durchweg zunächst im Sinne der Kasinopartei, des stärksten antiradikalen Klubs der Nationalversammlung im Herbst 1848, an deren Spitze die Hauptführer der Liberalen: Gagern, Dahlmann, Bassermann und andere standen. Sie sahen die Rheinländer als die wahren Urheber der Bewegung vom Jahre 1848 an und rühmten sie als solche, wie z. B. das „Mainzer Journal“ vom 21. und 24. August 1848 es mit den Worten tat: „Ja, es ist eine wahre, eine große, eine lebendige Idee, die des Einen deutschen Reiches, und nirgendwo hat diese Idee tiefere Wurzeln als in dem rheinischen Volke und keine festere Stütze kann der Reichsverweser und der Reichstag als in eben diesem Volke finden“[3]. Sie wollten einen deutschen Einheitsstaat auf Grund der souveränen Selbstbestimmung der

---

[1] „Rheinische Volkshalle“ Nr. 11 (14. Januar 1849).
[2] J. Friedrich, Bd. 2, S. 456.
[3] „Mainzer Journal“ Nr. 65 (21. August 1848.)

deutschen Nation, ein Gedanke, der ebenfalls am deutlichsten im „Mainzer Journal" hervortrat. Wiederholt verlangte es im Sommer 1848 die deutsche Einheit, teils unter Entfernung der Fürsten, teils durch deren strikte Unterwerfung[1]. Die Einzelstaaten sollen bestehen bleiben, hieß es an einer andern Stelle, aber nur im Range von Provinzen mit bloß budgetbewilligenden Landtagen; die Gesetzgebung dagegen sollte dem Reich und zwar einem Kaiser und Reichstag oder einem Präsidenten und Kongreß zustehen[2].

Anfangs machten sich im „Mainzer Journal" bisweilen sogar recht radikale Stimmen bemerkbar, die sich bis zur Drohung mit Steuerverweigerung verstiegen[3], wenn die Fürsten nicht parieren würden, und deren Absetzung in Aussicht stellten. Im „Deutschen Volksblatt" war es nicht anders. Vom September 1848 nahm das „Journal" allerdings eine energische Stellung wider die Radikalen ein, aber auch jetzt zeigte sich sein Hauptmitarbeiter C, vermutlich Lennig selbst[4], der geistige Vater der Zeitung, noch eingeschworen auf die Nationalversammlung, indem er am 17. Oktober einen Appell an die Linke richtete, alle Parteigegensätze zu vergessen, um die Einheit Deutschlands rasch zu vollenden: „Männer der Linken, mit besorgtem Herzen wende ich mich zuerst an Euch, . . . reicht die versöhnende Hand hinüber der Rechten, dem Zentrum. . . Vergesset das Rechts und das Links auf ein paar Stunden"[5]. Gegen Preußen machte sich im „Journal" besonders in Korrespondenzen aus dem Rheinland eine ablehnende, unfreundliche Haltung bemerkbar, die dann auch gelegentlich in Stimmen aus dem Mainzer Kreise zum Ausdruck kam[6]; doch hielten sich diese Äußerungen im allgemeinen im Rahmen der in Süddeutschland herrschenden Stimmung wider das Preußentum, oder sie unterschieden innerhalb des preußischen Staates auf die Art des „Athanasius" von Görres ein Stockpreußentum von einem erträglichen Preußentum. Auch für Österreich trat während der Sommermonate bei der Redaktion keine besondere Sympathie zutage. Die Abneigung gegen die Einzelstaaten war damals noch zu stark in dem Blatt; nur hie und

---

[1] „Mainzer Journal", Beilage vom 12. Juli 1848; ebendaselbst 26. Juli 1848.

[2] „Mainzer Journal" Nr. 21 (6. Juli 1848).

[3] „Mainzer Journal" Nr. 38 (23. Juli 1848).

[4] Denn Lennig ist offenbar im „Mainzer Journal" (Nr. 121 vom 25. Oktober 1848 und Nr. 126 vom 31. Oktober 1848) der C Berichterstatter aus Würzburg über die dortige Bischofsversammlung im Oktober 1848, der er als Vertreter seines erkrankten Bischofs beiwohnte. Daraus darf man wohl schließen, daß er auch der Verfasser der zahlreichen politischen C Artikel ist. A. Diehl äußert sich hierzu nicht.

[5] „Mainzer Journal" Nr. 114 (17. Oktober 1848).

[6] „Mainzer Journal" Nr. 58 und 59 (13. und 14. August 1848).

da wurden einige Stimmen laut, wie in Korrespondenzen aus Altbayern[1], die mehr Rücksicht auf die Einzelstaaterei nahmen. Abweichend von der Redaktion nahm jedoch schon im Juli 1848 ein Mitarbeiter, der drei Sternchen als Chiffre hat, in sehr energischer Weise eine für Österreich freundliche Haltung ein, daß Deutschland nur durch Österreich groß und mächtig werden könne und daß deshalb dessen Kaiser an die Spitze des gemeinsamen Vaterlandes zu stellen sei, während eine Hegemonie Preußens eine große Gefahr für die Selbständigkeit Mitteldeutschlands bedeute oder gar ganz Deutschland in Preußen aufgehen würde[2]. Diese zunächst nur von einem Einzelnen offen kund gegebene Abneigung steigerte sich durch das die Nationalversammlung kränkende Verhalten Preußens im August und September 1848, durch die Verweigerung des Huldigungseides seiner Truppen für den Reichsverweser und den eigenmächtigen Abschluß des dänischen Waffenstillstandes. Als dann im Oktober die Frage des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland ihrer Lösung entgegenging, nahm auch der C Mitarbeiter, dessen Bedeutung für die Haltung des Blattes seit Herbst immer mehr wuchs, Partei für das unbedingte Verbleiben Österreichs bei Deutschland. Ein deutsches Reich ohne Österreich sei eine unhaltbare Schöpfung, einmal durch die Unzufriedenheit und durch den Widerwillen, mit dem Süddeutschland eine unausfüllbare Kluft zwischen seinen Territorien und dem Kaiserstaate müßte entstehen sehen und dann durch die Abneigung, auf die die preußische Hegemonie in allen kleineren Staaten stoßen müßte und den unversöhnlichen Widerwillen aller, die ein einiges Deutschland wollen. Eine Trennung Österreichs von Deutschland gebe die dortigen Preußen dem Slavismus preis, und in strategischer Hinsicht sei ein solches Deutschland keinem auswärtigen Feind gewachsen. Als das einzige Mittel zur Überwindung aller Schwierigkeiten, die der Lösung der österreichischen Frage entgegenständen, bezeichnete er: „Österreichs Suprematie im deutschen Reichskörper." Nur bis dessen Schicksal eine entscheidende Wendung genommen habe, solle Preußen provisorisch an die Spitze Deutschlands gesetzt werden. Kein Ausschluß Österreichs, kein „preußischdeutsches" Reich, das sich nirgends auf starke Sympathien stützen könne, nicht einmal in seinen eigenen Rheinlanden[3]. Einen Einfluß auf die von dem Kasino sich entfernende Stellung des „Mainzer Journal" scheint Beda Weber, der tirolische Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung und nachmalige katholische Stadtpfarrer zu Frankfurt[4],

---

[1] „Mainzer Journal" Nr. 58 (13. August 1848).

[2] Ebendaselbst Nr. 31 und 34 (16. und 19. Juli 1848).

[3] Ebendaselbst Nr. 124. (28. Oktober 1848).

[4] Über Beda Weber vgl. J. E. Wackernell: Beda Weber und die tirolische Literatur.

ausgeübt zu haben[1]. Er war ein begeisterter Schwärmer für die Einheit Deutschlands. Anfangs Oktober sprach er auf der Versammlung der Piusvereine zu Mainz nicht nur von der Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands, sondern auch von einer konfessionellen: „In dieser Versammlung," rief der wiedererstandene Abraham a Sancta Clara, wie ihn Dahlmann in der Paulskirche spottweise nannte, „da fühle ich es in tiefster Seele: kein Preußen, kein Österreich, kein Bayern mehr; ein Deutschland, geeinigt in der Heiligkeit, Einheit und Wahrheit unserer Kirche"[2]. Eben um des ganzen Deutschlands willen wich aber Beda Weber damals in den Forderungen weit zurück, die man ursprünglich an eine einheitliche Verfassung gestellt hatte, um die Einverleibung der österreichischen Monarchie in das ganze Deutschland auf gleichmäßiger Basis wie das übrige Deutschland noch weiter vertreten zu können.

Die „Rheinische Volkshalle", die erst in dem Augenblick ins Leben trat, als die österreichische und die preußische Frage schon brennend wurde, neigte eben deshalb von Anfang an zur Politik der Freunde Österreichs und wollte „ihr Scherflein" beitragen „zum großen Bau der allgemeinen Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes"[3]. Ihre Redaktion hielt streng fest an der Idee des deutschen Einheitsstaates, in dem Österreich nicht fehlen dürfe. Schon anfangs Oktober schrieb Chézy: „Deutschland kann nur eine Großmacht sein, insofern es alle großen und kleinen Gebiete seines Bereiches in einem Bunde umfaßt". Dem Ausland gegenüber dürfe es kein Preußen, kein Österreich, kein Knyphausen und kein Sigmaringen geben. Auf Preußen hinzielend bemerkte Chézy: Deutschland sei ein Staat und Preußen nur eine Gemeinde darin, Deutschland eine Gemeinde und Preußen ein Haus, Deutschland ein Haus und Preußen ein Sohn[4]. Er beklagte die §§ 2 und 3 des Entwurfes vom

---

[1] Vgl. Beda Weber's Rede in der Nationalversammlung am 26. Oktober 1848. (Stenogr. Ber., S. 2877 ff) mit dem bedeutendsten C Artikel des „Mainzer Journals" vom 28. Oktober 1848.

[2] „Mainzer Journal" Nr. 107 (9. Oktober 1848). Derselbe Gedanke findet sich auch in der „Augsburger Postzeitung" in einer Korrespondenz „Von der Isar" (sie steht unter dem *** Zeichen und hat einen Reitmayer zum Verfasser; ob er identisch ist mit dem Abgeordneten der Reichsversammlung ist fraglich) in Bezug auf die Bischofskonferenz zu Würzburg: Sie sei der erste Schritt zur konfessionellen Einigung Deutschlands; auf diesem Wege liege mittelbar auch das Fundament für dessen politische Größe. Diese Bischofsversammlung sei „eine Ahnung" von dem, was auf unsere Tage geweisagt worden sei: „tunc recipit pastor gregem, Germania regem" und in einer Fußnote fügte er hinzu: mit Deutschland ist Rom gesunken, mit Deutschland wird es wieder aufstehen („Augsburger Postzeitung" Nr. 290 vom 31. Oktober 1848).

[3] „Rheinische Volkshalle" Nr. 42 (16. November 1848).

[4] Ebendaselbst Nr. 5 (6. Oktober 1848).

Reich, die um einiger Verfassungsbestimmungen willen ein zerstückeltes Deutschland schaffen müßten[3]. Noch entschiedener sprach sich Chézy für das Fortbestehen der österreichischen Gesamtmonarchie in Deutschlands Interesse aus, als die Slaven und Ungarn vor Wien standen. Er verlangte das Eingreifen der deutschen Zentralgewalt, um dem verlassenen Kaiser von Österreich durch eine entschlossene Tat zu zeigen, daß Deutschland zu seiner Rettung bereit sei; gelte es doch einer innigen Vereinigung des kaiserlichen Österreichs mit Deutschland, um diesem die Pforten europäischer Größe zu eröffnen: denn der Weg dahin führe nur über Wien längs der freien Donau, während für Deutschlands neu zu gründende Größe Berlin ohne alle Bedeutung sei; nicht nach Westen zeige der Wegweiser des deutschen Handels, sondern Asien sei die künftige deutsche Handelsprovinz[1].

Während die „Rheinische Volkshalle" Preußen zunächst noch schonend behandelte und nur vorzüglich das Interesse Österreichs im Auge hatte, war das „Deutsche Volksblatt" von vornherein feindlich gegen Preußen gerichtet. Schon am 7. September wandte sich ein Artikel ohne Chiffre[2] in einem Aufsatz: „Preußen und die Reichsgewalt" in der heftigsten Weise gegen Preußen und seine Eroberungspolitik: Preußen, hieß es u. a., hat viel zu viel Land in sich aufgenommen und kann es jetzt nicht verdauen. „Schon der Besitz von Schlesien hat ihm hie und da kleine Übelkeiten bereitet, noch mehr aber haben die Rheinländer seinen Organismus afficiert und sogar das Konzept verrückt"[3]. Bezüglich Preußens Teilnahme an dem Werke der deutschen Einheit schrieb derselbe Verfasser am 10. September: Der „pfiffige Preuße" sei nur für jene Größe Deutschlands, nur für jene Einheit, neben oder in welcher Preußen stark und mächtig wäre; sein Wahlspruch sei: ohne ein starkes Preußen, kein mächtiges Deutschland"[5]. Die Lösung der österreichischen und der Oberhauptsfrage, meinte Rieß in seinem Aufsatz: „Die neue Krisis", könne nicht in der Paulskirche durch Reden und Beschlüsse herbeigeführt werden, sondern die Entscheidung werde von Wien kommen[6]. Am 15. Oktober eiferte derselbe Verfasser gegen mehrere nicht näher bezeichnete Anträge des Verfassungsausschusses[7], die ausdrücklich gegen Österreich gerichtet

---

[1] „Rheinische Volkshalle" Nr. 9 (11. Oktober 1848).
[2] Ebendaselbst Nr. 17 (20. Oktober 1848).
[3] Wahrscheinlich der Redakteur Rieß selbst.
[4] „Deutsches Volksblatt" Nr. 119 (7. September 1848).
[5] Ebenda Nr. 122 (10. September 1848).
[6] Ebenda Nr. 149 (12. Oktober 1848).
[7] Offenbar meinte er damit die §§ 2 und 3 vom Reiche.

seien, weil man sich mit dem Stockpreußentum verbinden wolle, um den König von Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen[1].

Von den drei soeben im Zusammenhang besprochenen katholischen Zeitungen unterschied sich wesentlich der „Westfälische Merkur", den in den Revolutionsjahren 1848/49 ein gewisser J. Coppenrath herausgab. Als Organ der westfälischen Katholiken verteidigte er eifrig deren Interessen, hielt sich aber im allgemeinen unpolitisch. Es scheint ihm in jenen Jahren an geeigneten Mitarbeitern gefehlt zu haben, wie man aus der verhältnismäßig kleinen Zahl seiner Leitartikel schließen darf. Auch waren seine Korrespondenzen zum großen Teil aus anderen Zeitungen entnommen und offenbarten mehr preußische als österreichische Gesinnung[2].

Wohl waren, wie sich aus den bisher angeführten Zeitungen erkennen läßt, in erster Linie die streng katholischen Blätter Süd- und Südwestdeutschlands ganz von großdeutschem Geiste durchweht. Doch finden wir hier auch noch andere Tageszeitungen nichtkatholischer, aber durchaus großdeutscher Richtung. So spielte die mit dem 1. Juli 1848 in Bayerns Hauptstadt ins Leben gerufene „Neue Münchener Zeitung" von konstitutionell-monarchischem und liberalem Charakter in der großdeutschen Bewegung der Jahre 1848/49 keine unbedeutende Rolle. Sie war keine eigentliche Neugründung, wie Salomon irrtümlich behauptet[3], sondern die unmittelbare Nachfolgerin der bereits im 49. Jahre erschienenen „Münchener politischen Zeitung"[4], die damals unter der Leitung des Redakteurs Schubert[5] stand. Schon hier fand sich am 1. Januar 1848 das liberale Programm für das laufende Jahr ausgedrückt mit den Worten: Wir wollen kämpfen für die „liberal-constitutionellen Interessen Bayerns und des ganzen Vaterlandes"[6]. Seine großdeutsche Richtung ließ das Blatt bereits im April 1848 gelegentlich seiner Berichte über die Beratungen des Bauhofklubs (München) durchblicken, wo man die Oberhauptsfrage in der Form der Trias, wobei auch Bayern im Turmus eine

---

[1] „Deutsches Volksblatt" Nr. 152 (15. Oktober 1848).

[2] Über Westf. Merk. vgl. K. Bachem, Bd. 1, S. 258, Bd. 2, S. 171; L. Bergsträßer: Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, S. 229.

[3] Salomon a. a. O., Bd. 3, S. 619.

[4] Salomon a. a. O., Bd. 2, S. 120 ff u. Bd. 3, S. 462 berichtet auch hierüber unrichtig, wenn er sagt, die „Münchener politische Zeitung" habe von 1807—1861 existiert; sie hat vielmehr am 30. Juni 1848 ihr Erscheinen eingestellt, um mit dem 1. Juli als „Neue Münchener Zeitung" ins Leben zu treten. (Vgl. „Neue Münchener Zeitung" Nr. 1 vom 1. Juli 1848.)

[5] Über seine Persönlichkeit läßt sich nur feststellen, daß er aus Norddeutschland stammte und zu den Konvertiten des 19. Jahrhunderts zählte. (Vgl. „Münchener politische Zeitung" Nr. 113 vom 1. Mai 1848.)

[6] „Münchener politische Zeitung" Nr. 1 (1. Januar 1848).

Rolle spielen sollte, zur Erörterung brachte[1]. Am 30. April 1848 legte Schubert die Redaktion des Blattes nieder und verließ München, da er offenbar als Norddeutscher und dazu noch als Preuße mit seinen Mitarbeitern und Korrespondenten über politische Fragen in Konflikt geraten war, wie sich aus einer Korrespondenz „§§ von der Isar" vom 1. Mai 1848 (am Tage nach seinem Weggang) klar erkennen läßt[2]. Vom 1. Mai bis 1. Juli erschien die Zeitung unter Verantwortlichkeit der Wolf'schen Buchdruckerei, ohne ihre politische Richtung zu ändern. Wie unter Schubert, so war auch jetzt ihre Bedeutung als politische Zeitung nicht besonders hervorragend, zumal es ihr an tüchtigen Mitarbeitern und Korrespondenten fehlte. An Leitartikeln war sie recht arm; sie beschränkte sich größtenteils auf die Wiedergabe von Berichten aus anderen Blättern. Doch urteilt Salomon zu scharf mit der Behauptung, sie habe sich nur durch „Diebstahl" durch's Leben zu schleppen vermocht, d. h. ohne Quellenangabe aus anderen Zeitungen abgedruckt[3]. Konfessionelle Fragen schied das Blatt fast vollständig aus; nur bemerkte die Redaktion am 2. Mai 1848, daß die Aufforderung Eisenmanns zu spät gekommen sei, bei den Wahlen für die Frankfurter Nationalversammlung eine Mehrheit der „ultra-katholischen Partei" mit allen Kräften zu hintertreiben[4]. Noch deutlicher wird die Haltung des Blattes den Katholiken gegenüber durch eine Notiz über Ernst Zander, den Redakteur des kurz vorher gegründeten „Münchener Volksboten", charakterisiert, indem es ihn als den Vorkämpfer

---

[1] Mitglieder oder wenigstens häufige Besucher dieses Klubs waren: Max Wagner (Präsident), Ringler, Greiner, Fallmerayer, v. Herrmann, Billung, Riedel. Die Mehrzahl zeigte sich mit dem Plane eines dreiköpfigen Turms einverstanden. Billung und besonders Riedel meinten jedoch, man müsse der Nationalversammlung die Entscheidung in der Hand lassen. („Münchener polit. Zeitung" vom 25. Juni 1848.)

[2] Am 29. April 1848 hatte sich ein ○○ Korrespondent „Von der Donau" in der „Münchener politischen Zeitung" ebenso sehr gegen die separatistische Politik Preußens und Hannovers in der dänischen Frage ausgesprochen, wie gegen Österreichs Erklärung, es werde die in Frankfurt zu fassenden Beschlüsse nur insoweit anerkennen, als sie in der Natur eines Staatenbundes gelegen seien. Schubert zeigte sich in einer Fußnote mit diesen Gedanken nicht ganz einverstanden, was ihm den heftigsten Tadel des oben angeführten §§ Korrespondenten „Von der Isar" einbrachte: Eine solche Sprache passe Schubert nicht, „der daheim ohne Geltung, von Norden nach dem Süden wanderte, daselbst aus Gefälligkeit für Abelsche Weltanschauungen und Versorgungsplätzchen convertierte, gleichwohl wie der Poet in Schillers ‚Teilung der Erde' leer ausging und nun zu den Hoch rufenden Berlinern sich rückwendet, um dort den Dank zu ernten, den er als reuig zurückkehrender den 99 Gerechten wegzuschnappen gedenkt". („Münchener politische Zeitung" Nr. 113 vom 1. Mai 1848.)

[3] Salomon, a. a. O., Bd. 3, S. 462.

[4] „Münchener politische Zeitung" Nr. 114 (2. Mai 1848).

ultramontaner jesuitischer Interessen bezeichnete, der gegen gute Münze überall den Tartüffe vortrefflich zu spielen verstehe[1].

Eine größere Bedeutung erlangte die Zeitung, als sie am 1. Juli 1848 mit ihrem Namen auch ihre äußere Form und ihre Redaktion wechselte[2]. Diesen Wechsel begründete sie gleich in ihrer ersten Nummer vom 1. Juli damit, daß eine neue Zeit auch neue Organe fordere. Ihre Leitung lag von jetzt ab in den Händen des Redakteurs J. B. Vogel, dem vielleicht damals schon der Hauptmitarbeiter Dr. J. Haller als Mitredakteur zur Seite stand[3]. Vom 1. Januar 1849 an unterzeichnete Haller neben Vogel[4]. Ihr politisches Programm gab die neue Redaktion in der ersten Nummer der „Neuen Münchener Zeitung" vom 1. Juli 1848 mit den Worten: „Wir wollen ein einiges, großes, freies, in seiner Einheit starkes und Ehrfurcht gebietendes Deutschland, hervorgehend aus dem innigsten Anschlusse seiner einzelnen Stämme an einander. Was es groß und gewaltig zu machen geeignet ist, werden wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft unterstützen. Wir wollen, daß Deutschland mächtig dastehe nach außen durch seine Flotte, wie durch sein tapferes Heer, reich und blühend im Innern..... Aber wir wollen die Freiheit nur auf Grundlagen der Ordnung und der Herrschaft des Gesetzes und als sichersten Hort und Schild .... betrachten wir die konstitutionelle Monarchie. Wir halten treu und fest an Deutschland wie an unserm konstitutionellen Fürsten und sprechen dies mit aller Entschiedenheit aus. Die konstitutionelle Monarchie ist unser Banner, das wir hoch erheben und zu verteidigen fest entschlossen sind gegen die radikalen Wühler ..." [5]. An Leitartikeln war die „Neue Münchener Zeitung" bedeutend reicher als ihre Vorgängerin und ihre Zahl wuchs in dem Maße, als die deutsche und die Oberhauptsfrage ihrer Lösung näher rückte. Ihr erster Berichterstatter am Sitze der Zentralgewalt war ein ⊙ Korrespondent aus Frankfurt[6].

---

[1] „Münchener politische Zeitung" Nr. 115 (3. Mai 1848).

[2] Der Verlag blieb jedoch der Wolffschen Druckerei.

[3] Vgl. „Neue Münchener Zeitung" Nr. 42 (16. August 1848), wo ein Aufsatz: „Die italienische Kriegsfrage" mit dem Redaktionszeichen versehen und mit H. unterzeichnet ist; desgleichen Nr. 1 (1. Januar 1849): „Zum neuen Jahre".

[4] Die Redaktion schrieb unter dem *** Zeichen, was sich aus Redewendungen, wie „wir", „unser Blatt" u. a. verschiedenen Aufsätzen als unzweifelhaft feststellen läßt (vgl. Nr. 42 vom 16. August 1848; Nr. 126 vom 22. November 1844; Nr. 148: Beilage vom 18. Dezember 1848).

[5] „Neue Münchener Zeitung" Nr. 1 (1. Dezember 1848).

[6] Über seine Persönlichkeit berichtet die Redaktion der Zeitung am 18. Dezember 1848, daß er weder Bayer noch Preuße, sondern ein Süddeutscher, aber kein Mitglied der Nationalversammlung sei.

Im Laufe des Sommers und Herbstes 1848 wandte sich das Blatt wiederholt sowohl gegen die Revolution[1] wie die Reaktion[2]. In der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser erblickte es ein günstiges Vorzeichen für die Lösung der wichtigsten Verfassungsfragen, doch hätte es gewünscht, daß die Schaffung einer provisorischen Zentralgewalt unter Mitwirkung der einzelnen Regierungen zustande gekommen wäre[3]. Damit deutete es zugleich an, daß es das Frankfurter Verfassungswerk nur auf dem Wege der Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung und den Regierungen abgeschlossen wissen wollte. Ihre österreichfreundliche Gesinnung brachte die Zeitung im Spätsommer wiederholt zum Ausdruck, indem sie teils gewisse größere Aufsätze aus der „Oberpostamtszeitung übernahm[4], teils auch selbst derartige Leitartikel brachte, wie z. B. den aus der Redaktion hervorgegangenen Aufsatz vom 13. Juli: „Ein rechtes Wort zur rechten Zeit", worin man Österreich zu seinen Siegen in Italien beglückwünschte und den drohenden Verfall der österreichischen Gesamtmonarchie beklagte[5].

Gegen Preußen war die Haltung des Blattes zunächst sehr gemäßigt; doch bedauerte die Redaktion am 6. September in einem Artikel: „Die deutsche Zentralgewalt und Preußen" das schlechte Verhältnis zwischen Frankfurt und Berlin[6]. In der dänischen Waffenstillstandsfrage hielt sie sich mit eigenen Urteilen sehr zurück, ließ aber umsomehr die Ansichten größerer Blätter in ihren Spalten erscheinen.

In keiner anderen Zeitung wurde der Wunsch nach rascher Erledigung der gesamten Verfassungsfrage so lebhaft vertreten als in der „Neuen Münchener Zeitung." Mit Hinweis auf Wänckers Artikel in der „Karlsruher Zeitung": „Unsere Lage" forderte sie in voller Übereinstimmung mit ihm: 1. möglichst rasches Ende der provisorischen Reichsgewalt, 2. kein zweckwidriges Kaisertum, sondern eine korporative Zentralgewalt an der Spitze des neu zu gründenden Reiches und 3. Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen und der Nationalversammlung in der Verfassungsfrage[7].

---

[1] „Neue Münchener Zeitung" Nr. 1 (1. Juli 1848); Nr. 52 (27. Juli 1848).

[2] Ebenda Nr. 81 (Beilage vom 30. September 1848).

[3] Ebenda Nr. 2 (2. Juli 1848).

[4] Z. B. den Aufsatz des Fürsten von Leiningen: „Entweder — oder" („Neue Münchener Zeitung" Nr. 47 vom 22. August 1848).

[5] „Neue Münchener Zeitung" Nr. 13 (Beilage vom 13. Juli 1848); ähnlich schrieb Haller in seinem Aufsatz: „Die italienische Kriegsfrage" Nr. 42 vom 16. August 1848).

[6] „Neue Münchener Zeitung" Nr. 60 (6. September 1848).

[7] Ebenda Nr. 70 (17. September 1848).

Wie in der übrigen Presse, so traten auch hier die großdeutschen Gedanken erst klarer zu Tage, als man in der Nationalversammlung die Frage vom „Reich" und der „Reichsgewalt" näher ins Auge faßte. So wies die Redaktion am 1. Oktober nochmals auf ihr früheres Programm hin: für Freiheit, Einheit und Größe Deutschlands einzutreten. Jetzt sei der Augenblick gekommen, wo die Freunde des großen Gesamtvaterlandes sich gegen Revolution und Reaktion betätigen könnten. Nicht die deutsch-österreichische Frage sei zuerst zu lösen, sondern die des Oberhauptes; nur dann werde ein sicherer Halt geschaffen, um die übrige Verfassung leichter zu Ende führen zu können[1]. Der oberste Grundsatz in der österreichischen Frage müsse lauten: „Österreich kann und darf nicht zerrissen werden." Sein Zerfall wäre die Einleitung zum Ruine Deutschlands, das nur durch Österreich als dem Bollwerk gegen das Hereinbrechen der asiatischen Barbarei beschützt werden könne[2].

Eine ähnliche Haltung wie die „Neue Münchener Zeitung" scheint in der großdeutschen Bewegung auch der gleichfalls in Bayern herausgekommene „Nürnberger Korrespondent" eingenommen zu haben.

Von den Zeitschriften damaliger Zeit sind für die großdeutsche Bewegung noch die von Guido Görres und Prof. Phillips 1838 gegründeten „Historisch-politischen Blätter" katholischer Richtung zu erwähnen. Ihr Programm bei ihrer Gründung war: Die revolutionäre, wie die despotische Doktrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen[3]. Neben den beiden genannten Herausgebern hatten sie in Döllinger, Moy und dem Konvertiten Jarcke eifrige Mitarbeiter. In dem Revolutionsjahre 1848 richteten sie sich ebenso energisch gegen die Umsturzbewegung, wie gegen Preußen und die „preußisch-nationale Reaktion"[4]. Ihre Antipathien gegen das Altpreußentum sprachen sie in einem Aufsatz vom 19. September 1848 über den Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö offen aus mit den Worten: „Kein Billigdenkender wird den Historisch-politischen Blättern den Vorwurf einer fanatischen Vorliebe für Preußen zu machen geneigt sein." Vielmehr seien sie mit „gewissenhafter Sorgfalt beflissen" gewesen, diesen „Abweg" stets zu meiden.[5] Mit Vorliebe bekannten sie sich zu den politischen Anschauungen der katholischen Rhein-

---

[1] „Neue Münchener Zeitung" Nr. 82 (1. Oktober 1848).

[2] Ebenda Nr. 92 (13. Oktober 1848).

[3] Salomon, Bd. 3, S. 478; vgl. auch K. Bachem: a. a. O, Bd. 1, S. 229 ff.

[4] Historisch-politische Blätter, Bd. 22, S. 311 ff.: „Glossen zur Tagesgeschichte" vom 9. August 1848.

[5] Historisch-politische Blätter, Bd. 22, S. 462 ff.: „Glossen zur Tagesgeschichte".

länder, jener „freiheitsliebenden Männer, die ebenso innig an der katholischen Kirche hängen, als sie bar sind von jeder Sympathie für das gewaltsame, im innersten Kern treulose, jedes fremde Volkstum anfeindende Preußentum einer bereits untergegangenen Periode“[1]. Die Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands behandelten sie aber deshalb doch nicht wie die Rheinländer, sondern wie die bayrischen Blätter vom bayrisch partikularistischen Standpunkte aus. Als einzig mögliche Form des neuen Deutschlands, meinte ein Mitarbeiter vom 9. August 1848 in seinen „Glossen zur Tagesgeschichte“, könne nur die „Conföderation aller einzelnen Staaten und Stämme“ in Erwägung gezogen werden. Eine „Centralisation“ sei gegen „die deutsche Natur und den Strom unserer Geschichte.“[2] Am 30. September wiesen sie das von kleindeutschen Preßstimmen, gelegentlich auch der „Oberpostamtszeitung“ geforderte Aufgeben dynastischer Sonderinteressen mit den Worten zurück: „Also vollständiges Einstampfen der gesamten, in Deutschland bestehenden politischen Ordnung und demnächst französische Centralisation, beides verhängt im Namen des souveränen Nationalwillens!“[3] Mit den Antipathien gegen das Preußentum verquickte man schon frühzeitig (9. August 1848) das konfessionelle Moment, zunächst allerdings nur abwehrend, wie z. B. gegen einen Artikel der Hannoverschen „Neuen deutschen Zeitung“ vom 17. Juli, der alle „treuen Preußen“ aufforderte, den Reichsverweser nicht anzuerkennen; denn kein Preuße könne zugeben, daß sein König „der Diener eines katholischen österreichischen Prinzen“ werde. Erbittert hierüber erwiderten die Historisch-politischen Blätter: „Was aber das Maß voll und überlaufen macht, ist endlich der Versuch, altprotestantischen Katholikenhaß als Bundesgenossen für Preußen zu werben“.[4] In ähnlicher Weise äußerten sie sich am 11. August, daß das „katholikenhassende Altpreußentum“ sie mit „gerechtem Widerwillen und Verdruß“ erfülle, doch sei man keineswegs gewillt mit Preußens Hauptfeinden, den Republikanern, gemeinschaftliche Sache zu machen, vielmehr sei man bestrebt, „in allen Dingen weltlicher Politik gemäßigt und unparteiisch“ zu sein.[5] Auch Österreich verschonten die Historisch-politischen Blätter nicht mit Vor-

---

[1] Historisch-politische Blätter: „Schilderungen zur Physiognomik der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.“, Bd. 22, S. 47; ähnliche Angriffe auf Preußen, Bd. 22, S. 452: „Zur Geschichte der Revolution in Österreich“.

[2] Historisch-politische Blätter: „Glossen zur Tagesgeschichte“, Bd. 22, S. 312.

[3] Historisch-politische Blätter: „Glossen zur Tagesgeschichte“, Bd. 22, S. 531; vgl. auch: „Glossen zur Tagesgeschichte“, Bd. 22, S. 825 ff.

[4] Historisch-politische Blätter: „Glossen zur Tagesgeschichte“, Bd. 22, S. 317.

[5] Historisch-politische Blätter: „Glossen zur Tagesgeschichte“, Bd. 22, S. 318; vgl. auch: „Zur Geschichte der Revolution in Österreich“, Bd. 22, S. 452 f.

würfen. Seine Politik sei stets gewesen: Nichts Positives zu tun, sondern die Ereignisse abzuwarten. Dadurch habe es sich in keiner Weise geeignet gemacht, an die Spitze einer Politik zu treten, die zu einer innigeren Vereinigung der verschiedenen deutschen Staaten geführt hätte[1]. Aber näher traten sie in eine Erörterung der Frage, ob und wie Österreich an Deutschland anzuschließen sei, auch im Oktober 1848 noch nicht ein.

[1] Historisch-politische Blätter: „Zur Geschichte der Revolution in Österreich", Bd. 22, S. 451.

Lebenslauf.

Geboren bin ich, Michael Christ, am 20. Dezember 1879 zu Lörzweiler, Kreis Oppenheim (Rheinhessen) als Sohn des verstorbenen Landwirtes Jacob Christ. Nach dem Besuch der Volks- und Fortbildungsschule in meiner Heimat betätigte ich mich zunächst mehrere Jahre auf dem Gebiete des Weinbaues. 1903 begann ich meine private Vorbereitung zur Reifeprüfung eines humanistischen Gymnasiums, die ich 1907 in Homburg v. d. H. (Hessen-Nassau) als Externer ablegte. Dann widmete ich mich dem Studium der Geschichte, Geographie und Germanistik. Von Wintersemester 1907 bis Sommersemester 1908 besuchte ich die Universität Straßburg. Das Wintersemester 1908/09 verbrachte ich in Leipzig, wo ich die Vorlesungen von Brandenburg, Holz, Köster, Salomon, Sievers und Wundt hörte. Im Sommersemester 1909 kehrte ich wieder nach Straßburg zurück und besuchte dort bis Sommersemester 1914 die Vorlesungen der Dozenten Bäumker, Breßlau, Gerland, Henning, Klotz, Martin, Neumann, Rudolf, Sapper, Schulz, Spahn, Wiegand und Ziegler.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit gab mir Herr Professor Dr. Martin Spahn, dem ich für die tatkräftige Förderung bei ihrer Ausführung zu tiefem Danke verpflichtet bin.

Am 1. August 1913 legte ich vor der philosophischen Fakultät der Universität Straßburg die mündliche Doktorprüfung ab.

Michael Christ.